

EINIGE FRAGEN DER STRATEGISCHEN LINIE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI UNGARNS JULI 1924 – AUGUST 1925

von
BÉLA KIRSCHNER

*Neu Deutung der Arbeiter- und Bauernregierung am
V. Kongress der Komintern*

Die Wiederherstellung der Einheit der KPU im Juli 1924 erwies sich als ein bedeutender Schritt und beschleunigte die Neuorganisierung der Partei. Dieses sehr wichtige Ereignis paarte sich jedoch nicht mit der Ausarbeitung einer neuen strategischen Linie. Das unmittelbare Ziel blieb die Vorbereitung auf die Revolution des Proletariats. Hierbei spielte zweifellos der Umstand eine bedeutende Rolle, dass der zwischen dem 17. Juni und 8. Juli 1924 abgehaltene V. Kongress der Komintern die auf dem Gebiet der Möglichkeiten und Wege der Revolution des Proletariats in der Führung der Komintern Ende 1923 erfolgte Wendung in negativer Richtung sanktioniert hat.¹ Allerdings geschah dies nicht ohne eine Auseinandersetzung. Doch jene, die sich für die am IV. Kongress der Komintern akzeptierte Arbeiterregierungskonzeption einsetzten, vermochten es nicht zu erreichen, dass die Delegierten den Standpunkt Sinowjews zurückweisen, demnach die Arbeiter- und Bauernregierung nichts anderes ist wie ein synonymier Begriff der Proletarierrevolution², der auch die strategische Linie zum Ausdruck bringt. Ebenso änderte auch das nichts an der Lage, dass der von Sinowjew vorgetragene Bericht des Exekutivkomitees zahlreiche Widersprüche enthielt.

So unter anderem auch die Begründung, mit der Sinowjew seine Folgerung zu untermauern suchte, wonach sich die Theorie von Heinrich Brandler und Karl Radek „die Sozialdemokratie wird durch den Faschismus besiegt“ als völlig falsch erwiesen hat.³ In dieser Hinsicht bemerkte er nämlich auch, dass die Sozialdemokratie zur dritten Partei der Bourgeoisie wurde, das aber bestimmte er als neues Phänomen.⁴ Und gleichfalls für die Periode nach dem IV. Kongress stellte er fest, dass jene alternative Voraussetzung, mit der man 1922 gerechnet hat, demnach nicht nur die offene Reaktion, sondern auch eine demokratisch-pazifistische Phase eintreten kann (zu deren Charakteristikum es gehörte, dass die sozialdemokratischen Parteien in einer Anzahl von Ländern zur Regierungspartei wurden), als erwiesen betrachtet werden kann⁵, was er zugleich im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Beurteilung der Sozialdemokratie auch als *neue Phase* charakterisiert hat. Das ergänzte er dann noch mit der nicht einmal motivierten, übertriebenen Behauptung, wonach die

Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus wurde.⁶ Diese Bewertung aber stand im Gegensatz zu der Beurteilung, dass „der Faschismus die rechte, die Sozialdemokratie die linke Hand der Bourgeoisie“ ist,⁷ was der Kongressbeschluss sogar noch modifiziert hat, indem er diesen Zustand nicht als allgemeinen betrachtete, und bloss erklärte, dass die Sozialdemokratie sich nur stellenweise zum Flügel des Faschismus verwandelt, und dass sich die Theorie der rechten und linken Hand nur auf die leitenden Schichten bezieht.⁸ Doch auch die in diesem beschränkten Ausmass erfolgte Identifizierung von Faschismus und Sozialdemokratie stand im Widerspruch zu dem auch im Bericht anerkannten Standpunkt, wonach in gewissen Fällen eine Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Leitern notwendig ist, und zwar dort, wo die Kommunisten in Minderheit sind, wenngleich diese Einheitsfront keine Koalition mit der Sozialdemokratie bedeuten kann.⁹ Und wir müssen noch hinzufügen, dass Sinowjew es für völlig vorstellbar hielt – und dies auch angedeutet hat –, dass in die zukünftigen Rätergierungen – wie dies mit dem linken Flügel der Sozialrevolutionären (SR) 1917 in Russland nach dem Sieg der sozialistischen Revolution der Fall war – die ähnlichen europäischen Kräfte, beziehungsweise jeder Bruchteil der Sozialdemokratie einbezogen werde, der sich von sozialdemokratischen Partei unabhängig macht und bereit ist die Kommunisten zu unterstützen. Er fügte nur so viel hinzu, dass dies nicht mit der Verwirklichung einer solchen Konzeption identisch sein darf, wie sie 1917 nach dem Sieg der sozialistischen Revolution Fuss fassen konnte in der Form, dass man mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären (SR) eine Koalition bilden muss, was seinerzeit auch er unterstützt hat.¹⁰ Bucharin aber sprach geradewegs darüber, – und dies stand, zumindest was das ungarische Beispiel betrifft, auch im Gegensatz zur Ansicht Sinowjews –, dass selbst eine solche Arbeiterregierung, die die wirkliche Proletariendiktatur zum Ausdruck bringt, die unterschiedlichsten Formen annehmen und auch hinsichtlich der Koalition unterschiedlich zusammengesetzt sein kann, wie diese auch der russische Oktober und der ungarische März zeigten. Und auf die abweichende Gestaltung der Struktur und Situation der Parteien der beiden Länder hinweisend formulierte er das Problem in der Weise, dass die ungarischen Kommunisten für die Proletariendiktatur hinsichtlich des Gegnerbündnisses nicht die entsprechenden Bedingungen sichern konnten und dadurch – im Gegensatz zu Russland – ein retrograder Prozess vor sich ging. Im weiteren aber betonte er im allgemeinen – obwohl er der Konzeption Sinowjews zugestimmt hat –, dass bei Beurteilung einer Partei nicht das Wichtigste ist, wie sie die Arbeiterregierung definiert, sondern ob sie die Sache weiterentwickelt, oder bloss eine theoretisch mögliche Phase festlegt, wie dies beim Versuch in Sachsen der Fall war.¹¹

Aber widersprüchlich war auch die Erklärung, mit der der Bericht des Exekutivkomitees die neue Interpretierung der Einheitsfronttaktik zu untermauern wünschte, und auf die Frage einer Mobilisierung der Massen eingengt hat. Gleichzeitig erklärte er, dass jene Auffassung der Evolutionstaktik widerspricht, daher abzuweisen ist, wonach dies ein Versuch

für das Bündnis mit der Sozialdemokratie, für eine „Koalition sämtlicher Arbeiterparteien“ und für die Schaffung einer Regierung sein könnte, die „die Regierung aller Arbeiterparteien plus einiger Bauernparteien“ und ein Bündnis sämtlicher Arbeiter- und Bauernparteien „innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Demokratie“ wäre.¹² Der Bericht berief sich nämlich auf den berühmten Standpunkt Lenins, den er 1917, zur Zeit des Kornilow-Aufstandes in seinem Werk „Über die Kompromisse“ niedergeschrieben hat, wo jedoch der Kompromiss eine ganz andere historische Zweckebezeichnung enthielt, wie der Beschluss des IV. Kongresses. Lenin war bekanntlich — wegen der sozialchauvinistischen Anschauungen und des Verhaltens der kleinbürgerlichen Sozialisten — während der Phase des Übergangs zur sozialistischen Revolution stets dagegen, dass die Bolschewiken in eine Regierung eintreten, an der Menschewiki und Sozialrevolutionäre teilnehmen. In der Periode des Kornilow-Aufstandes bezog sich daher seinerseits empfohlene Kompromiss darauf, dass die Bolschewiki, sofern die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre bereit sind eine selbständige, nur den Sowjets verantwortliche Regierung zustandezubringen — was damals gleichbedeutend gewesen wäre mit einer im ganzen Land verwirklichten demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern — von ihrer Forderung, dass die Macht sofort in die Hände der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft übergehe, Abstand nehmen. Im Falle der Realisierung einer solchen Lage hielt es Lenin — im Besitz der den Bolschewiki gewährten Agitationsfreiheit — für durchaus vorstellbar, dass die Revolution ihren Weg friedlich weitergehe, und die Parteien ihren Kampf innerhalb der Sowjets in friedlichen Formen austragen.¹³

Gleichzeitig enthielt der Gedankengang Sinowjews auch eine Dissonanz anderer Art. Als er die Lenin'sche Konzeption für ein Manöver bewertete, worunter er die Anpassung an eine individuelle, besondere strategische Situation verstand, und es zurückwies, dass ein gegebenes strategisches Manöver zur Theorie gestaltet werde, akzeptierte er in Wirklichkeit den Beschluss des IV. Kongresses über die Koalitionsregierung selbst als ein strategisches Manöver.¹⁴ Während er aber seinen schon früher formulierten Standpunkt über die Sozialdemokratie wiederholte und diesen noch mit einer neueren Bemerkung ergänzte, gewann alles, was er zu sagen hatte, eine eigenartige Färbung. Diese lautete wortgetreu wie folgt: „Es ist gewiss, dass die Kraft dieser angeblichen ‚Arbeiterparteien‘ noch sehr gross ist. Wenn diese Arbeiterparteien richtige Arbeiterparteien wären, nicht nur in ihrer Zusammensetzung, sondern auch hinsichtlich ihres politischen Charakters, wenn diese sich in Wirklichkeit — wenn auch nur vorübergehend — uns anschliessen würden, würden sie jetzt eine unbesiegbare Macht in Europa repräsentieren. Diese sind aber nur dem Wort nach Arbeiterparteien. Deshalb ist die Koalition „sämtlicher“ Arbeiterparteien, solcher, die wirkliche Arbeiterparteien wie wir es sind und solcher, die sich Arbeiterparteien nennen, in Wirklichkeit aber bürgerliche Parteien sind, unmöglich, eine Sünde, eine konterrevolutionäre Utopie oder Opportunismus“.¹⁵

Im Zusammenhang mit dem allen bemerkte er inzwischen als selbst-kritisches Moment, dass er schon am IV. Kongress einen Fehler begangen

habe, weil obwohl Radek von der Formel, dass „die Arbeiterregierung der Deckname für die Diktatur des Proletariats ist“ abgewichen war, er es nicht erkannt hat, dass es sich nicht um eine stilistische Formulierung, sondern um eine opportunistische Auslegung handelt.¹⁶ Bei der endgültigen Abfassung des Beschlusses aber kam es noch zu überaus vielen Konzessionen, die damals Abfassungskonzessionen zu sein schienen, in Wirklichkeit aber Änderungen im Sinne der Rechten waren,¹⁷ und dazu beigetragen haben, dass man aus dem strategischen Manöver eine opportunistische Bibel formen konnte.¹⁸ Auch erwähnte er, dass er sich gemeinsam mit Bucharin gegen die opportunistische Formulierung verwahrte, die in dem Leipziger Beschluss der deutschen Kommunisten vom Jahr 1923 zu finden ist,¹⁹ da sie aber gesehen haben, dass es sich um eine tatsächliche Theorie handelt, traten sie nicht öffentlich gegen diese auf und verhielten sich auch nicht mit der erforderlichen Entschlossenheit.²⁰ Obzwar diese Bemerkungen der Begründung jener Äusserung dienten, dass es sich nicht um eine Revision der Beschlüsse des IV. Kongresses handelt, sondern nur um eine Korrektur der falschen Formulierungen, die „Radek in die Beschlüsse des IV. Kongresses hineingeflochten hat“²¹ unterstützten sie in Wirklichkeit eher die entgegengesetzte Behauptung. Wie auch der Charakter eines Teiles der verschiedenen selbstkritischen Diskussionsbeiträge und die sich an diese knüpfenden, oder von ihnen unabhängigen direkten und indirekten Polemiken gegen die früher erwähnte Interpretation des IV. Kongresses und gegen die auf dieser Grundlage erfolgten Kritiken Sinowjews.²² Andererseits taten dies auch die zahlreichen Diskussionsbeiträge, die die Notwendigkeit einer Änderung der Richtlinie hervorhoben und die Konzeption Sinowjews unterstützten, sofern sie die Sinowjew'sche Unterscheidung vermissten, und nicht darauf hingewiesen haben, was z. B. der Italiener Rienzi (Angelo Tasca) tat,²³ dass es sich um die Rückkehr zum ursprünglichen Standpunkt beziehungsweise nicht um irgendeine Revision handelt, wie dies die Deutsche Ruth Fischer betont hatte.²⁴

Dass der Bericht eine Revision und Liquidierung der bisherigen Arbeiterregierung-Konzeption bedeutete und dass der IV. Kongress nicht nur den Standpunkt Radeks sondern auch den des Komintern EK-s zum Ausdruck brachte, trat am schärfsten nicht in den Reden von Radek,²⁵ Zetkin²⁶ oder Kreibich²⁷ zutage, sondern im Diskussionsbeitrag des ultra-linken Bordiga,²⁸ der die deutsche Delegation zur Verwahrung nötigte.²⁹

Aber es widersprach der Sinowjew'schen Erklärung auch jener gedanklich-logische Bruch, der in seinem Schlusswort zu erkennen ist, wobei er wiederholt zu beweisen wünschte, dass es sich nicht um eine Revision der Grundlagen handle.³⁰ Sinowjew ging nämlich hierbei davon aus, dass die Abrüstung der Bourgeoisie, die Aufrüstung des Proletariats, die Abwälzung der Steuerlasten auf die Schultern der Reichen nur eine wirkliche revolutionäre Regierung, nicht aber eine Koalition bewerkstelligen kann. Das heisst, dass die Formel eines Auftretens für die Koalitionsregierung laut Sinowjew von vornherein jene Gewissheit in sich birgt, dass zwecks Lösung solcher Aufgaben eine Koalition nicht zustandekommen kann,

weil die Parteien die sich mit den Kommunisten an einer solchen beteiligen müssten, keine richtigen Arbeiterparteien sind. Seine Behauptung aber hing – wie dies aus dem weiteren Gedankengang hervorgeht – damit zusammen, dass die Arbeiter diese Tatsache beweisen mussten. Mit anderen Worten: Sinowjew konstruierte eine solche paradoxe Situation, bei der er nicht das in Frage stellte, ob man eine Koalition, die das obige Programm realisiert, unterstützen müsse, im Gegenteil, er erklärte: „wir unterstützen eine solche Koalitionsregierung, die dieses Programm durchführt“. Damit aber, dass er eine solche Situation von vornherein für illusorisch hielt, musste er es auch nicht in Frage stellen, da das Gegensatzpaar auch so als logisch erschien: „wir sind gegen eine solche Koalitionsregierung 'sämtlicher Arbeiterparteien', die dieses Programm durchzuführen nicht im Stande ist.“³¹

Schliesslich wollen wir auf den Widerspruch hinweisen, der mit der italienischen Lage in Verbindung war. Als Sinowjew erklärt hat, dass die Regierung der Arbeiter und Bauern ein synonyme Begriff der Diktatur des Proletariats sei und die Parole die führende Rolle des Proletariats in der Revolution zum Ausdruck bringt, „den Willen der Machtergreifung, den Wunsch der Bildung einer eigenen Regierung, die das Land lenkt und den Bauern gegenüber geschickt manövriert . . .“³² und der deutschen Konzeption zustimmte, wonach „in Italien die Regierung der Arbeiter und Bauern eine günstige Lösung wäre“,“³³ rechnete er nicht nur damit, dass der Faschismus durch die Diktatur des Proletariats abgelöst wird, sondern auch damit, dass die Frage der bürgerlichen Demokratie einen eigenartigen Inhalt gewinnt. Seiner Beurteilung nach konnte man einerseits eine solche Formel keineswegs für gewiss betrachten, wonach nach der Demokratie der Faschismus und hernach unbedingt die Diktatur des Proletariats folgt. Die Lage ist bei weitem nicht so einfach – fügte er völlig begründet hinzu – wie die Formel Marx': Ware – Geld – Ware. Andererseits meinte er, wenn Mussolinis System durch bürgerliche Demokratie abgelöst wird, diese schon eine neue Demokratie sein wird. „Nicht eine solche wie 1920, als die italienischen Arbeiter das Wesen der Demokratie nicht begriffen und voller Illusionen waren. Und da somit die Arbeiterklasse von einer anderen Art sein wird, verändert sich folglich auch das politische Milieu, und es entsteht eine ganz neue Demokratie, wodurch es völlig vorstellbar ist, dass „die Diktatur des Proletariats in dieser zur Reife gelangt“. So hingegen wird auch die Rolle der Partei schon eine andere sein, denn es wird sich um eine ganz andere Situation handeln, in der der eigenartige 'Prozess der Mehrwertbildung' bei der Arbeiterklasse in der Form von politischen Erfahrungen zutage treten wird.“³⁴

Das Aktionsprogramm des Organisationsausschusses vom Juli und seine Novembersitzung

Bekanntlich übernahm seit Juli 1924 die Rolle des Zentralkomitees der aus Béla Kun, Jenő Landler und Gyula Alpári bestehende Organisationsausschuss, der hinsichtlich der unmittelbaren Aufgaben ein Aktions-

programm ausgearbeitet hat. Es ist zu bemerken, dass das Aktionsprogramm — ohne die Richtungsänderung der internationalen kommunistischen Bewegung in irgendeiner Form zu erwähnen — die Frage der strategischen Linie nur in indirekter Form berührte. Indem es nämlich das Bündnis der Arbeiterschaft und der armen Bauern als notwendige Vorbedingung für die Stürzung des konterrevolutionären Regimes bezeichnete.³⁵ Die Zielsetzung hingegen, die Sinowjew vorgeschlagen hatte, wonach man zur Organisation von Betriebszellen übergehen müsse, kam im Dokument, zumindest was Budapest und Umgebung betrifft, zur Geltung. Die Schöpfer des Dokuments bestimmten übrigens als dessen Zweck die Zusammenfassung der unmittelbaren praktischen Aufgaben und nicht eine theoretische Begründung der politischen Richtlinie. Dementsprechend widmete es dem Wesen nach im Zusammenhang mit dem sich anderthalb Jahre früher entwickelten Vorstellungen, neben den konkreten Fragen des Parteaufbaus. — wie z. B. dass ausser den Gewerkschaften vorderhand nur in Budapest und Umgebung, beziehungsweise in den sozialdemokratischen Parteiorganisationen der grössten Provinzzentren kommunistische Gruppen zustandegebracht werden müssen —, ³⁶ die grösste Aufmerksamkeit dem Problem der in den verschiedenen Organisationen bereits zustandekommenen oder im Werden befindlichen oppositionellen Gruppen. Demnach mussten die Kommunisten nicht nur neuere Oppositionsgruppen bilden, sondern den kommunistischen Einfluss auch in bereits funktionierenden, doch aufgrund einer anderen Intention zusammengefassten Gruppen gewährleisten. Zugleich mussten sie auch jene Vorbedingungen schaffen, durch die verschiedene Oppositionsaktionen durchgeführt werden können, im Falle von Lohnkämpfen die Leitung übernommen werden kann, was gleichzeitig auch eine Verbindung mit dem Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie ermöglicht.³⁷ Dies hiess von einer anderen Seite aus betrachtet auch, dass im wesentlichen die Möglichkeit dessen ausgeschaltet wurde, dass es zur Bildung einer Einheitsfront mit der sozialdemokratischen Führung kommen könnte. Auch die Aufgabenbestimmung des Aktionsprogramms bekräftigt dies, wonach „eine ständige, systematische und offene Propaganda zwecks Entlarvung des Verrats der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften entfaltet werden muss“.³⁸ Die an das Präsidium der Komintern gesandte Meldung vom September dokumentiert dies gleichfalls, die darüber berichtet, dass der die Oppositionsbewegung leitende István Vági die Instruktion erhielt, demnach die Opposition „an der Spaltung der sozialdemokratischen Partei und der Gründung einer legalen Arbeiterpartei mit grosser Bedachtsamkeit und Vorsicht, aber mit grossem Zielbewusstsein zu arbeiten hat. Dieses Bewusstsein muss nicht allein die Leitenden, sondern auch die Amtsdienner durchdringen.“ Die Hoffnung aber, dass man die sozialdemokratische Partei und die zentralen Organe gewinnen könne, muss aufgegeben werden, was nicht das bedeutet, dass man nicht versuchen muss all das zu gewinnen, was nur möglich ist, die Bewegung aber darf hiervon nicht abhängig gemacht werden.“³⁹

Hinsichtlich dessen jedoch, wann es zum Bruch kommen soll, wurde damals keine Entscheidung getroffen. Das ist dem Standpunkt im Zusam-

menhang mit den auf der Tagesordnung stehenden hauptstädtischen Wahlen zu entnehmen. Als nämlich der Organisationsausschuss den Aufruf erliess, wonach die Opposition „unter der Parole des Bruchs mit den bürgerlichen Parteien und mit der Forderung, dass die Kandidatur durch die Parteiorganisationen erfolge“ auftreten muss, bemerkte sie auch, dass man vor der Wahl es noch erwägen müsse „was zweckdienlicher ist: ein Auftreten der Opposition mit einer eigenen Kandidatenliste, oder die Spaltung der sozialdemokratischen Verwaltungsfraktion nach den Wahlen.“⁴⁰

Hier wollen wir bemerken, dass im August auch das Programm des KIMSZ (Verband der Kommunistischen Jungarbeiter) fertiggestellt⁴¹ und im September dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale⁴² zugesandt wurde, das schon im August bekanntgegeben hatte, dass es als Vertreter der Jugend im Emigrationsausschuss Erzsébet Andics, Imre Horváth und als Ersatzmitglied Péter Kreuz ernannt hat.⁴³ Wie dies aus dem Briefwechsel mit der Jugendinternationale hervorgeht, begannen auch hier die Vorbereitungen zur Schaffung einer legalen sozialistischen Jugendorganisation.⁴⁴

Und wie dies aus dem weiteren Text des Aktionsprogramms hervorgeht, musste man die Kritik im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie gleichzeitig aus einem bestimmten Aspekt entfalten lassen, dessen beschränkter Charakter auf eine reale Beurteilung der Lage schliessen lässt. Sie musste sich nämlich in erster Linie „gegen die Koalitionspolitik der Partei, gegen ihre Pakte mit der konterrevolutionären Regierung und gegen ihre Scheinkämpfe im Parlament richten.“ Offenbar stand auch jene sehr wichtige Bemerkung damit im Zusammenhang, wonach die von den Sozialdemokraten im Stich gelassenen Forderungen registriert und aufgefrischt werden müssen. Ebenso auch die Aufrechterhaltung jener schon früher formulierten Methode, dass die Massenaktionen mit den Parlamentsaktionen – gleichsam als Begleiterscheinungen – zu verbinden sind, zu dessen Realisierung es schon anfangs September kam.⁴⁵ Und das wies darauf hin, dass der Kampf für die politischen Rechte und die Frage des Bündnisses mit der armen Bauernschaft eine Beurteilung gleichen Ranges erfahren haben. Den Anspruch auf Realität brachte auch zum Ausdruck, dass von den Parolen – wie die vereinbarten Löhne, die Anerkennung des Systems der Vertrauensmänner, die Entfaltung der wirtschaftlichen Kämpfe zu politischen Kämpfen usw. – allein die Parole der Betriebsräte „in Frage gestellt“ werden kann.⁴⁶

Die Möglichkeit des Beginns der Aktionen wurde übrigens mit der durch die Sanierungsmassnahmen verursachten Unzufriedenheit verbunden, wobei sie – wie dies auch der bereits erwähnte Septemberbericht andeutet –, mit den verarmten Kleinbürgern, Kaufleuten, Beamten zu kooperieren wünschten.⁴⁷ Révai formulierte z. B. in einer seiner Schriften vom August, dass die Bauern, Beamten, Kleinbürger zu Zehntausenden in das Proletariatschicksal sinken werden, und so wird die Bourgeoisie jene objektive Bedingungen schaffen, dass das Proletariat „mit ihrem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zugleich zum Anführer sämtlicher ausgebeuteten und unterdrückten Schichten werde“.⁴⁸

Schliesslich wollen wir erwähnen, dass das Aktionsprogramm die Ausarbeitung von theoretisch-politischen Themen für nötig erachtet hat. Hierbei gewann neben den zuerst erwähnten „konkreten Problemen der Konterrevolution“ die Agrarfrage ein bedeutendes Gewicht, und zusammen mit der Bearbeitung des Jahres 1919 in Ungarn auch die Ausgabe der Marx'schen Artikel über 1848–1849, des Werke Lenins Über die Linksgegnung und der während der Kerenskij-Ära gehaltenen Reden Lenins.⁴⁹

Obzwar uns darüber nichts bekannt ist, ob es vor der Plenarsitzung des Organisationsausschusses im November auch zur Ausarbeitung eines dieser Themen gekommen ist, darüber aber stehen uns Quellen zur Verfügung, dass man bestrebt war über die Gestaltung der Lage in Ungarn, und diesbezüglich nicht nur über die Sanierungskrise, die Arbeiterbewegung, sondern auch über die Prozesse, Gegensätze innerhalb der Regierungspartei sowie über die Durchführung der Bodenreform Angaben zu sammeln.⁵⁰

Aus dem Brief Landlers und Alpáris vom 1. Oktober an das Präsidium der Internationale geht hingegen schon hervor, dass die Parteiführung infolge der erzielten Ergebnisse der Unzufriedenheitsauftritte und der Oppositionsbewegung damit gerechnet hat, dass sie die Führung der infolge der Sanierung erfolgten Massenbewegungen übernehmen kann. Auch meinte sie, dass der Zeitpunkt zugleich „zur Entfesselung einer grossangelegten Bauernbewegung“ geeignet sein wird, und auch der Ausbau der Kommunistischen Partei Ungarns beschleunigt werden kann.⁵¹ Diese Bewertung und die anhand derer entstandenen Sorgen trugen dann dazu bei, dass es in Wien zwischen den 1. und 3. November zur Plenarsitzung des Organisationsausschusses kam, an der Béla Kun, Jenő Landler, Gyula Alpári, Aladár Weisshaus und Károly Őri teilgenommen haben.

Das Plenum bedeutete in erster Linie eine gewisse Ermessung der bisherigen Erfahrungen. Dies zog nicht allein das nach sich, dass das Aktionsprogramm bekräftigt und dessen Realisierung als wichtigste Aufgabe der Partei betrachtet wurde,⁵² sondern auch eine gewisse Ergänzung und Konkretisierung dessen. Darauf wies z. B. hin, dass man die Parteiorganisation auf Landesebene auszudehnen wünschte. Es wurde für notwendig erachtet, dass die Bezirksleitungen gebildet, die Zellen auch in der Umgebung der Hauptstadt organisiert und die Bauernorganisationen zustandegebracht werden.⁵³ Es stellte sich auch heraus, dass nicht nur die Eroberung der leitenden Gewerkschaftsposten, – in mehreren Gewerkschaften kam es auch hierzu –, sondern im Gegensatz zu den Konzeptionen vor zwei Jahren, jetzt auch die Erwerbung der führenden Positionen der sozialdemokratischen Parteiorganisationen als eine natürliche Erscheinung betrachtet wurde. Die Lenkung der Oppositionstätigkeit besorgte übrigens ein aus 12, beziehungsweise aus 7 Mitgliedern bestehendes Komitee, das durch einen aus 45 Vertrauensmännern der Betriebe, Gewerkschaften und Parteiorganisationen bestehenden Ausschuss ergänzt wurde; ihre Funktion erstreckte sich auf fast alle grösseren Parteiorganisationen, und erreichten auch, dass ihre Parolen und ihr Programm „in sämtlichen oppositionellen Formen und Parteiversammlungen akzeptiert wurden.“⁵⁴ Das Plenum befasste

sich auch mit der Anwendung einzelner Methoden der Arbeitslosenbewegung und fasste den Beschluss, dass auch der enge Proletariercharakter der Einwohnerbewegung zu ändern ist.⁵⁵ Zugleich billigte es die Konzeption hinsichtlich der Gründung des bereits erwähnten Jugendverbandes.⁵⁶ Dem folgte die Abfassung der Formel bezüglich einer Lösung der Bauernfrage, was vom politischtheoretischen Gesichtspunkt betrachtet als ein namhafter Fortschritt zu bewerten ist, und die auf Antrag Landlers als legale Parole angenommen wurde: „Boden den Bauern!“ und „Der Staat zahle den Ablösungsbetrag“. Als dessen Folge entstand auf Antrag Kuns die Konzeption über die Errichtung eines legalen Rechtsbeistandsbüros mit dem Zweck, dass „jene, die der Bodenreform gemäss Anspruch auf Boden haben, einen Rechtsbeistand finden können“^{56a}.

Gleichzeitig akzeptierte die Sitzung in grossen Zügen den Programm-entwurf, der die Richtlinie der im April 1925 konstituierten legalen revolutionären Partei, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) in bedeutendem Ausmass bestimmte.⁵⁷ Als Ergebnis der Debatte musste nämlich das Programm unbedingt die Analyse der wirtschaftlichen und politischen Lage sowie die der Klassen umfassen, was bei der Ausgestaltung der strategischen Auffassung eine bedeutende Rolle zu spielen haben wird. Darauf aber, ob die Folgerungen im Zusammenhang mit der Gesellschafts- beziehungsweise Klassenanalyse diese überhaupt berührt haben, ob sie damals schon entwickelt waren oder ob sie das Ergebnis jener Umarbeitung und zu erwartenden Debatte sein werden, die die mit der endgültigen Vorbereitung des Programms betrauten Landler und Alpári innerhalb eines Monats zu bewerkstelligen haben, bekommen wir im erhalten gebliebenen Protokoll keine Antwort. Bekannt ist nur — wie wir dies weiter unten sehen werden —, dass das endgültige Programm, selbst wenn es hierzu in indirekter Weise kam, die strategischen Zusammenhänge nicht umgangen hat.

Gleichzeitig erachtete es das Plenum für seine grundlegende Aufgabe, die sich aus der Sanierungssituation ergebenden Hauptfolgen richtig zu bestimmen, was auch aus der Hauptparole klar hervorgeht, die die Notwendigkeit einer Revision Sanierungsgesetzes, die Überwälzung der Lasten auf die Reichen enthielt. Wie dies die Debatte über die als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelte wirtschaftliche und politische Lage zeigt, war das die Folge dessen, dass die Sanierungskrise in dieser Periode — richtig — als bestimmender Faktor betrachtet wurde, wenn auch Kun hinsichtlich dieser Lage zur Vorsicht mahnnte. Im Referat Landlers befanden sich tatsächlich irrealer Elemente, indem er mit übermässigen Optimismus nicht von einer vorübergehenden Regierungskrise, sondern von der Krise des auf dem Bündnis der Grosskapitalisten und Grossgrundbesitzer beruhenden Machtsystems, von einer Machtkrise sprach. Er rechnete nicht allein mit einer Zuspitzung der Gegensätze, sondern auch mit einer Revolutionssituation und einer raschen Desorganisation,⁵⁸ deren Tempo er durch eine wirksamere Einmischung zu beschleunigen wünschte, um zu vermeiden, dass die Kommunisten hinter den Ereignissen zurückbleiben.

Dies ging damit einher, dass eine Anzahl von Forderungen auch konkret formuliert wurde. So begegnen wir schon dem, dass der Bodenbesitz bis zu fünf Joch steuerfrei sei, und die Grundsteuer nicht gemäss des Katasters agrar-feudalen Charakters des Grossgrundbesitzes, sondern progressiv bemessen werde, sowie der Forderung einer Besteuerung des Inflations- und Kriegsvermögens. Ebenfalls hier ist – ausser der Anerkennung der Notwendigkeit einer Vereinheitlichung des Kampfes für den Achtstunden-Arbeitstag und der Lohnbewegung zu lesen, dass man für die arme Bauernschaft und die Landarbeiter Boden, ferner den Erlass des Pachtens von Weiden und Ackerland fordern muss.⁵⁹

Dazu, dass die bäuerlichen Forderungen, das Agrarproblem in den Vordergrund rückte trug übrigens offensichtlich auch der Umstand bei, dass am V. Kongress der Komintern Wassili Kolarow in seinem Vortrag über die Agrarfrage⁶⁰ und auch in seinem Schlusswort⁶¹ als wichtige Aufgabe das bezeichnet hat, dass die Aktionsprogramme konkret sein müssen und keine einzige, den Massen unverständliche Formel enthalten dürfen. Zugleich lehnte er den orthodoxen, doktrinär-marxistischen Gesichtspunkt in der Bauernfrage ab. Dementsprechend erklärte er z. B. die Rückkehr zu den Lafargue'schen Traditionen für notwendig (der 1888 die bäuerlichen Hypotheken und die bäuerlichen Schulden annullieren wollte, die Streichung der Steuern und Aufhebung der Militärpflicht forderte, und 1897 über die Aufteilung des Bodens schrieb).⁶² In jenen Ländern aber, – und als erstes erwähnte er gerade Ungarn –, wo die Agrarfrage nicht gelöst wurde, ist die Bodenfrage, die Forderung der Bodenverteilung an die Spitze des Aktionsprogramms zu setzen. Bemerkenswert ist, dass er bei der Bodenverteilung nicht allein die Notwendigkeit einer Liquidierung der Überreste feudalen Charakters als Motiv hervorhob. Er hielt auch das für durchaus vorstellbar, dass diese durchgeführt werden muss, wenn – und hier wies er abermals konkret auf Ungarn hin – Betriebe kapitalistischen Charakters beschlagnahmt werden müssen.⁶³ Im Zusammenhang mit der Bodenreform aber sprach er davon, dass es ein Fehler wäre bloss deren unzureichenden Charakter und das hervorzuheben, dass die Bauern betrogen wurden, und man alles zurücknehmen wolle, was in dieser einen realen Wert darstellte, vielmehr muss zu einer Ausweitung der Reform angeeifert werden, und auch dazu, dass sich die Forderungen der Bauern bis zur Konfiszierung des Grossgrundbesitzes und der kostenlosen Aufteilung steigern. Wo infolge der Reform die Bauern mit Schulden belastet wurden, ist dafür zu sorgen, dass die Voraussetzungen einer Verweigerung der Schulden zur Reife gelangen. Anhand der Agrarschere hob er auch die Notwendigkeit eines Auftretens gegen die Industriemonopole hervor, und dass die Produktions- und Verkaufsgenossenschaften vom Staat eine materielle, finanzielle und politische Unterstützung erhalten sollen.⁶⁴ Jenő Varga aber hielt eindeutig auch die Unterstützung einer solchen Bauernbewegung für möglich, die den Boden der Grundbesitzer nicht enteignen, sonder käuflich erwerben wollte, obzwar er noch hinzufügte, dass die Forderung der Enteignung und kostenlosen Aufteilung des Bodens gestellt werden muss. Gleichzeitig formulierte er auch, dass das Risiko

übernommen werden muss, „wonach die Bauernbewegung ihr Ziel erreiche, ohne dass das Proletariat die Macht übernehmen würde, denn es ist unmöglich die Bauernschaft für unsere Ziele zu gewinnen, wenn wir ihre Forderung nach mehr Boden zurückweisen, oder uns dem gegenüber neutral verhalten“. ⁶⁵

Doch Kolarow liess auch die Frage der politischen Rechte nicht ausser acht. Als eine Bedingung des Zustandekommens des Bündnisses der Arbeiter und Bauern aber bestimmte er, dass die Forderungen der Arbeiter im Einklang mit einer positiven Aufnahme seitens der Bauern seien, auch schloss er nicht aus, dass es sich unter gewissen Umständen als nötig erweisen könnte die Einheitsfront von oben aus zu verwirklichen und politische Bauernvereinigungen zu unterstützen, wenn er es auch zurückwies, dass Kommunisten besondere Bauernparteien zu gründen trachten. ⁶⁶ Zugleich erachtete er es für unerlässlich, dass in den verschiedenen Bauernorganisationen Zellen zustandegebracht werden, die so zu wirken haben, dass die Leitung der reichen Bauern durch die Leitung der armen Bauern abgelöst werde, und dass man erreichen könne, dass sich die Organisationen der im Oktober 1923 gegründeten Revolutionären Bauerninternationale anschliessen. ⁶⁷

Auf das Plenum zurückkommend ergänzt sich hier der bereits bekannte Standpunkt — die Notwendigkeit einer Abgrenzung gegenüber der bürgerlichen Koalition und Schaffung eines Bündnisses mit den Kleinbauern — noch mit der Forderung, die dann auch in das Dokument des I. Kongresses der Partei der Kommunisten Ungarns (KMP) aufgenommen wurde — und sich später, gegen Ende der zwanziger Jahre zu einer Quelle der Missverständnisse gestaltete — ⁶⁸, dass nämlich auch die infolge der Sanierung entstehende Volksbewegung der Arbeiterklasse gelenkt werden muss. Zugleich mass das Plenum dem Kampf für die demokratischen Rechte eine ernste Bedeutung zu, was im endgültigen Programm der Opposition hinsichtlich des inhaltlichen Charakters der politischen Linie eine entscheidende Rolle spielen wird. Und da der Einfluss der Opposition auch mit einer realen Kritik der Negativen der sozialdemokratischen Führung im Zusammenhang stand, nahmen in den Richtlinien der Ausarbeitung des Programms der Opportunismus der sozialdemokratischen Führung und die Frage der Parteidemokratie natürlicherweise eine bedeutende Stelle ein. ⁶⁹

Und obzwar es auch jetzt nicht entschieden wurde, wann es zum Riss mit der sozialdemokratischen Partei kommen soll, die dem im Oktober 1924 mit oppositionell-liberalem Charakter zustandegekommenen Demokratischen Landesverband ⁷⁰ ebenfalls beigetreten war, bestand kein Zweifel darüber, dass die Schaffung der hierzu nötigen Vorbedingungen als aktuelle Frage zu behandeln ist. ⁷¹

Damit hing es zusammen, dass nach dem Plenum, anfangs 1925 mehrere Analysen über die Gestaltung der politischen Lage, der Kräfteverhältnisse und der Arbeiterbewegung erstellt wurde. In diesen Dokumenten wurden beim Ziehen der Folgerungen jene Elemente berücksichtigt, die reale Widersprüche spiegelten und die die verschiedenen Schichten tatsächlich beunruhigten. So wollen wir neben den verschiedenen Konsequen-

zen der Sanierungskrise auf das 1924 verabschiedete und mit Januar 1925 in Kraft getretene neue Zolllarifgesetz in erster Linie hinweisen, das hauptsächlich die Grosskapitalisten begünstigte und nicht allein bei der bürgerlichen Opposition, sondern auch innerhalb der herrschenden Klassen Widerwillen und Vorbehalte ausgelöst hat. Doch können wir auch die Verzögerung der Bodenreform sowie die Anzeichen jener Unzufriedenheit erwähnen, die nicht nur in den Reihen der Kleinbauern, sondern auch in der der Mittelbauern in Erscheinung trat. Auch könnten wir in den Vordergrund stellen, dass die sozialdemokratische Führung Ende 1924 gezwungen war ihren mit der Regierung im Jahr 1921 geschlossenen Pakt zu veröffentlichen und deshalb im Januar vor dem Ausschuss der II. Internationale in Wien nach Kanossa gehen musste oder dass sich der Gegensatz zwischen emigrierten Sozialdemokraten und der heimischen Führung zuspitzte hat.

Aufgrund all dessen meinten sie, dass die Entfaltung der Oppositionsbewegung beschleunigt werden kann, und gelangten zu der Feststellung, dass auch der Prozess begonnen hat, der bei einem Teil der Bauernschichten zum Aufhören des Einflusses der Grossgrundbesitzer führen könnte. Und da die extreme Rechte, laut Terminologie der Kommunisten: der rein faschistische Flügel im Lager der Bourgeoisie in mehreren Fragen mit der Regierung polemisierte und auch der bereits erwähnte Demokratische Landesverband zustandekam, folgerten sie daraus, dass in der Einheitsfront Konterrevolution ein Bruch eingetreten sei und somit sich auch die soziale Basis des herrschenden Systems verringert habe. Die Sanierung betrachteten sie nämlich so, dass diese gleichbedeutend mit der wirtschaftlichen und politischen Restauration der Grossgrundbesitzer und der Grosskapitalisten ist. Und dass es gelang, nicht nur die Mittel- und Kleinbourgeoisie, sondern auch die reiche Bauernschaft von der Macht zu entfernen. Auch hielten sie es für möglich, dass die Abstandnahme vom offensiven Nationalismus seitens des Regimes und die Konzeptionen des Ministerpräsidenten Bethlen über die Richtung der wirtschaftlichen Stabilisierung den Masseneinfluss des oppositionellen faschistischen Flügels ausweiten könnten.⁷²

Zur Erklärung dessen, dass die Gründung einer legalen Revolutionspartei zur unmittelbaren Aufgabe wurde, kam es — obwohl hierüber schon im Dezember gesprochen wurde⁷³ —, erst im März, wobei auch der Umstand eine Rolle gespielt hat, dass nach Bekanntmachung der Pakte von 1921 in der Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses vom 15. November 1924 der Gedanke eines Angriffs gegen die Opposition seitens der sozialdemokratischen Führung aufgeworfen wurde, was die Ausschliessung des Oppositionsführers István Vági und anderer zur Folge hatte. Gemäss Vorstellung der Führer der Partei der Kommunisten Ungarns (KMP) musste nämlich die Opposition gelegentlich der Wahlen zum hauptstädtischen Munizipalausschuss vom 21–22. Mai 1925 mit einer selbständigen Liste auftreten, wovon man erwartete, dass dies zur Bildung der legalen Revolutionspartei und zur Spaltung der sozialdemokratischen Partei führen wird.⁷⁴

Zu dieser bedeutenden historischen Wendung kam es nach wenigen Wochen tatsächlich, als am 14. April 1925 etwa 400 Personen die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei gründeten, deren Zwei grundlegende Dokumente, die grundsätzliche Erklärung und das Aktionsprogramm zugleich auch das widerspiegeln, dass in der strategischen Auffassung der Kommunisten auch neue Zusammenhänge Platz bekommen haben.

Charakter der für die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (MSZMP) ausgearbeiteten strategischen Konzeption

Die grundsätzliche Erklärung skizzierte nicht nur die für den Imperialismus kennzeichnenden allgemeinen Züge. So z. B. dass der Kapitalismus „die letzte und vollkommenste Form der auf der Ausbeutung beruhenden Produktions- und Besitzordnungen ist“, sondern sie liess auch das wesentliche bestimmende Merkmal nicht ausser acht, das sich im Kompromiss zwischen den Grossgrundbesitzern und der Bourgeoisie widerspiegelte und den Charakter des Regierungssystems bestimmte. Gleichzeitig auch das Verhältnis der Bourgeoisie zur Progression und die sich daraus ergebende Richtung der Politik der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. In konkreter Form erschien dies in der Formel, dass die Bourgeoisie „gegen die feudalen Klassen weiter nicht kämpft, sich mit diesen verbindet und bestrebt ist sämtliche konfus denkenden Mittelschichten, die sich mit ihrer Lage nicht im Klaren sind, unter eine gemeinsame Lenkung zu bringen“. Ferner dass die Bourgeoisie zur Zeit des Imperialismus nicht mehr die Repräsentantin des gesellschaftlichen Fortschritts, also keine progressive Klasse mehr ist. Andererseits war dies auch in jener Bemerkung wahrnehmbar, die auch die objektive Basis der Bündnispolitik in sich schloss, in der es hiess: das Bündnis der beiden Klassen konserviert die feudale Verteilung des Grundbesitzes und verbindet zugleich die beiden Ausbeutungsformen, was das Bündnis der Landarbeiter und Kleinbauern sowie des Proletariats erfordert, dieses wieder ist auch die Vorbedingung für den Sturz der verbündeten Reaktion. Schliesslich, und das ist hinsichtlich der Richtung der Partei das Wichtigste, widerspiegelte es sich in der Formulierung jener Folgerung, wonach die verbündete Reaktion dem Staat ihren Stempel in der Weise aufdrückt, dass es zur Ausweitung der feudalen Privilegien und Konfiskation der bürgerlichen Freiheitsrechte kommt.

Dieser Standpunkt wurde noch mit der Bewertung der bürgerlichen Demokratie in dem Sinn ergänzt, dass diese der am besten geeignete Kampfplatz zur Austragung des Kampfes gegen die Bourgeoisie sei, und die Demokratie den Interessen der Bourgeoisie aus dem Grund nicht mehr entspricht, woraus hernach folgte, dass der Inhalt der unmittelbaren politischen Richtlinie der Partei mit einer Variante der Demokratie identisch wurde; was im Begriff der *wahren Demokratie* zum Ausdruck kam. Wort für Wort lautete diese folgendermassen: „Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei kämpft mit allen Mitteln für die wahre Demokratie, doch ist sie sich dessen im Klaren, dass sie diesen Kampf gegen die Bourgeoisie und nicht im Bündnis mit ihr austragen muss“.

Mit anderen Worten, die grundsätzliche Erklärung enthält einen Standpunkt, der vorausgesetzt hat, dass die Vorbedingung der sozialistischen Revolution die Einschaltung einer Etappe ist, die die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten erkämpfen muss, und deren Inhalt der wahren Demokratie gleich ist, doch ist diese noch nicht identisch mit der Proletarierdemokratie, worauf die Hervorhebung jener Bedingung hinweist, dass dieser Kampf nicht im Bündnis mit der Bourgeoisie, sondern gegen diese ausgetragen werden muss.⁷⁵

Gleichzeitig beantwortete hingegen die grundsätzliche Erklärung die Frage nicht, mit welcher Machtstruktur die wahre Demokratie verbunden ist. Die Frage der politischen Macht berührte sie nämlich nur vom Gesichtspunkt des Proletariats aus, aber nur im Zusammenhang mit der Abschaffung des Kapitalismus.

Auch die Bemerkung weist uns nicht eindeutig zurecht, wonach die wahren sozialen Reformen nicht die Ausbeuter, sondern die Ausgebeuteten verwirklichen werden, obwohl deren Platz im Text eine Gegensatz zu dem vorangehenden Satz zum Ausdruck gebracht hat, in dem es heisst, dass man selbst den geringsten Erfolg nur im Kampf gegen die herrschenden Klassen erringen kann, aber auch zum folgenden Satz, der darauf hinwies, dass die Ausbeutung so lange nicht behoben werden kann, so lange die kapitalistische Produktionsordnung besteht.

Und hier wollen wir auch auf jene Beziehung hinweisen, dass der Zusammenhang, der in der grundsätzlichen Erklärung den alltäglichen Kampf mit dem Endziel verbunden hat, beziehungsweise demnach jede Detailfrage als ein Kettenglied der proletarischen Befreiungsarbeit zu betrachten ist,⁷⁶ nicht nur als Ausdruck der Konzeption über die permanente Revolution ausgelegt werden kann. Diese bedeutete nämlich seit dem V. Kongress der Komintern in der internationalen kommunistischen Bewegung eine taktische Relation im Verhältnis zur Revolution des Proletariats.

Doch müssen wir noch hinzufügen, dass im Aktionsprogramm ausser der Bedingung einer Aufhebung des Friedensvertrags von Trianon⁷⁷ — und auch das wurde nur in indirekter Weise angedeutet — eine ausgesprochen proletarrevolutionäre Forderung nicht zu finden ist. Der Charakter und die Realisierungsbedingungen setzten hingegen eine grundlegende Änderung der bisherigen Machtstruktur voraus. Gleichgültig, ob wir an eine Revision des Sanierungsgesetzes denken oder daran, dass die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei eine im Verhältnis zur Grösse des Grundbesitzes progressive Besteuerung wollte und die Kriegs- und Inflationsvermögen (bis zu 80%), und die Aktien (bis zu 20%) zu besteuern wünschte. Die Grossgrundbesitze hingegen beabsichtigte es in der Weise zu liquidieren, dass die Eigentümer vom Staat aus der ebenfalls progressiv bemessenen Vermögenssteuer entschädigt werden. Zugleich forderte es auch die Liquidierung der kirchlichen Güter, sowie die Einführung und Legalisierung des Betriebsausschuss-Systems.

Und diese Serie von Forderungen wurde noch durch eine umfassende bündnispolitische Konzeption ergänzt, in der das städtische Kleinbürger-

tum, die Beamtenschicht sowie die Zwerg- und Kleinbesitze in gleicher Weise Platz fanden, aber ohne, dass man damals irgendeine Aktionseinheit mit den liberalen Parteien und der sozialdemokratischen Partei für vorstellbar gehalten hätte.⁷⁸ Die liberalen Parteien wurden so bewertet, dass sie bloss einen Scheinkampf gegen die Sanierung führen. Die sozialdemokratische Partei aber ist mitschuldig an der Sanierung, in der Kräftigung der Konterrevolution und darin, dass sie fünf Jahre hindurch einen Klassenfrieden verkündet hat; durch ihre Koalition mit der liberalen Opposition aber hat sie den selbständigen Klassenkampf der Arbeiterklasse verraten und zugleich unmöglich gemacht, somit hörte sie auf „eine klassenkämpferische Partei der Arbeiterschaft“ zu sein. Die Aufgabe des Kampfes gegen die Reaktion identifizierte sich hier hingegen ausdrücklich mit der Schaffung demokratischer politischen Verhältnisse.⁷⁹ Das Aktionsprogramm verkündete nämlich den Kampf, „für die Erhebung der vollen Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zum Gesetz“, das auch „die demokratischen Freiheitsrechte, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, die allgemeine Amnestie und die Aufhebung der Notgesetze erkämpfen muss“. Im Interesse dessen wollte es nicht allein den Massenkampf, sondern auch die Parlamentstätigkeit in Anspruch nehmen. Und dies alles legte die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei als Abgrenzung von der sozialdemokratischen Politik, oder mit anderen Worten als Kritik an der sozialdemokratischen Partei der öffentlichen Meinung vor,⁸⁰ womit László Váradi der die beiden Dokumente vorgelegt hat, nicht mehr sagte, als dass sich das Programm der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei „von den Feststellungen der wissenschaftlichen Sozialdemokratie“ nicht unterscheidet, und dass „auch das Programm der sozialdemokratischen Partei ähnliches enthält. Nur — fügte er hinzu — ist bei ihnen das Programm nur geschriebener Gnadentrost. Wir halten nur den für einen tatsächlich angenommenen Grundsatz, der sich in Taten äussert“.⁸¹

Dem allen müssen wir jedoch noch einige Bemerkungen hinzufügen. So wollen wir vor allem auf die von Andor Réz am 22. April 1925 (sicherlich für das Berliner Informationsbüro (Varga-Büro) der Komintern) angefertigte Bearbeitung hinweisen, die allerdings in einigen Fragen Kritik übte,⁸² unzweideutig erklärte, dass die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei so zu betrachten ist, die zwar nicht lange Zeit hindurch funktionieren kann, und nach den hauptstädtischen Wahlen im Mai wahrscheinlich auch verboten wird,⁸³ ihre Politik muss aber voll und ganz den *Übergangserfordernissen der Kommunistischen Partei Ungarns (KMP)* entsprechen, und dass die Kommunistische Partei Ungarns die Linie der Deckpartei nicht kreuzen darf. Genauso darf — obwohl eine Deckpartei weniger sagen, weniger fordern kann, ja, in gewissen Fällen und Situationen sogar schweigen muss — die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei niemals die Politik der dereinst zustandekommenden legalen kommunistischen Partei kreuzen.⁸⁴ Und im Zusammenhang damit äusserte er sich entschieden für eine Gewerkschaftseinheit und zugleich darauf hinwies, dass auch in den funktionierenden Bauernorganisationen, konkret in der Oppositionspartei von István Dénes und in der von Rezső Rupert geführten bür-

gerlich-oppositionellen Kossuth-Partei, die Fraktionstätigkeit ausgestaltet werden muss.⁸⁵

Ebenso müssen wir erwähnen, dass die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei – wenn es auch Kommunisten gab, die es nicht anerkannten, das es im April zur Bildung einer revolutionären, klassenkämpferischen Partei kam⁸⁶ von der Mehrzahl der Parteimitglieder und der Leitung der Kommunistischen Partei Ungarns, wenn auch nicht für eine kommunistische Partei, immerhin aber für Revolutionspartei gehalten wurde.⁸⁷ Und im Juli rechnete man schon damit, dass sich früher oder später die Bedingungen für eine neuere Spaltung der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei ausgestalten werden,⁸⁸ womit auch der I. Kongress der Kommunistischen Partei Ungarns im vollen Ausmass einverstanden war.⁸⁹ Zugleich wurde es unzweideutig, dass der Kongress die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei als ihre Deckpartei betrachtet, „in der sie die kommunistischen und noch nicht ausgereiften revolutionär-oppositionellen Arbeiterelemente organisiert und durch diese Organisation ihre politischen Parolen, Agitationen zur industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiterschaft, aber auch zu den breiteren werktätigen Massen in einer der Legalität entsprechenden Form übermittelt“. Und auch das ging hervor, wonach sie von der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei erwartete, dass die Kommunistische Partei Ungarns aus der Phase der Propaganda „heraustreten“ und im breiteren Rahmen und mit grösserer Kraft den Kampf „für die Durchbrechung der Schranken der Illegalität“ aufnehmen kann.⁹⁰ Damit ist es auch zu erklären, dass es der Organisationsausschuss für nötig erachtet hat die Mitglieder der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei in den Gewerkschaften zusammenzufassen. Sie wollten ein Führungsorgan, in dem die Vertreter aller Berufszweige zugegen sind. Um dann, wenn auch die fachliche Führung verwirklicht ist, die Kräfteverhältnisse zu erfassen, die Aufgaben zu bestimmen, wobei der gegenüber der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei nötige Standpunkt und jene Mittel zu entwickeln sind, mit welchen die Rücknahme der Ausgeschlossenen ermöglicht wird. Und dies muss alles mit einer derartigen Ausgestaltung der Kritik einhergehen, die auf einer prinzipiellen und objektiven, nicht aber auf einer persönlichen Basis aufgebaut ist.⁹¹ Und wie es die Ergänzung des Dokuments, das die bereits erwähnte Vorbereitung der neuerlichen Spaltung andeutete, wurden die damit verbundenen Aufgaben auch konkret formuliert.⁹²

Ebenfalls hier wollen wir darauf hinweisen, dass nach der Gründung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei die Ausarbeitung der Agrarvorstellungen begann, im Zusammenhang mit den diesbezüglichen Vorstellungen des erweiterten Plenums des EK der Komintern vom Frühjahr 1925,⁹³ die dann nach wenigen Monaten in der Ausarbeitung einer sich an eine demokratische Revolution bindenden agrarrevolutionären Konzeption das Tageslicht erblicken. Es war nämlich schon im Dokument „Vezérfonal a földkérdéshez“ (Leitfaden zur Bodenfrage) formuliert, dass die sozialdemokratische Ansicht für verfehlt anzusehen ist, die zwischen der vermögenden und der unvermögenden Klasse die Grenzlinie zog, da da-

durch gerade die Tatsache verschwindet, dass das Interesse des über einige Joch Boden verfügenden Zwergbesitzers mit jenem der herrschenden Klasse nicht identisch ist. Andererseits kann auch die Folgerung nicht anders beurteilt werden, die das Verhältnis der Klassen und Schichten zueinander lediglich von der Seite des Gegensatzes zwischen Produzenten und Verbraucher prüft, da auch der Klein- und Zwergbesitzer, ja auch der Mittelbauer in eine Interessengemeinschaft mit dem Industrieproletariat geraten kann. Demzufolge — ist zu lesen — wenn auch bei einzelnen Schichten der Bauernschaft die Interessengleichheit mit der herrschenden Klasse anzutreffen ist, gestalten die Gegensätze zu dieser „die Landbauern im allgemeinen zu Verbündeten der Arbeiterschaft“.⁹⁴ Hieran knüpfte sich dann auch die Feststellung im Zusammenhang mit der Grundtatsache, die übrigens Bucharin schon in seinem Referat in der erweiterten Session der Komintern formuliert hat,⁹⁵ wonach in der Gesellschaft ein ständiger Kampf um die Bauernschaft besteht, dass die Bodenfrage nicht als zweitrangiges Problem behandelt werden kann, und dass die bauerliche Bündnispolitik der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei sowie die Art und Weise der Lösung der Bodenfrage nur unter Berücksichtigung der Grösse des Bodenbesitzes und einer dementsprechenden bauerlichen Differenzierung — zu der auch die erforderlichen statistischen Aufnahmen durchgeführt wurden — bestimmt werden müssen. Daraus folgend kam es dann logisch zur Bestimmung des Begriffs der herrschenden Klassen, worunter die Grossgrundbesitzer, die Finanzkapitalisten und die Industriekapitalisten verstanden wurden. Auch wurde der Bündnisrahmen bestimmt, der den früher erwähnten möglicherweise gegenüberstand und der — den weiter oben erörterten Ansichten entsprechend — ausser dem Agrarproletariat auch die Zwergbesitzer und Kleinpächter, aber auch die Schichten der Klein- und Mittelbauern sowie der Kleinlandwirte umfasste. Letztere sind wohl wankelmütig, dennoch ist es möglich, dass das Proletariat mit ihnen politische und wirtschaftliche Aktionen durchführen kann, da sie den herrschenden Klassen, von denen sie keine ernsten Erfolge erwarten können, in der Frage der Steuern und Zölle usw. gegenüberstehen. Daher kann der Standpunkt der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei im Zusammenhang mit den ungarischen Revolutionen — heisst es weiter — nur der sein: „obwohl auf dem Gebiet der Landwirtschaft der Grossbetrieb sozialer (zur grösseren Produktion fähig) ist, muss zwecks Gewinnung dieser Klassen und im entsprechenden Verhältnis, unbedingt aber für die Beibehaltung des Kleinbesitzes (als Übergangsform) Stellung genommen werden“. Das Bündnis und die klassenkämpferische Einheitsfront des Dorf- und Stadtproletariats, sowie die zeitweilige Interessengemeinschaft mit den wankelmütigen Schichten in der Erkämpfung gewisser politischer und wirtschaftlicher Forderungen ist zu verwirklichen. Im Gegensatz zur Bodenreform kapitalistischen Charakters muss die Agrarfrage im Sinne des 2. Punktes des Aktionsprogramms geregelt werden, was aber auch damit gleichbedeutend ist, dass der Bauer den Boden nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse und im Kampf gegen die Bourgeoisie bekommen kann.⁹⁶

Übrigens hat auch der an die Bauerninternationale gesandte Bericht vom 28. Juli, der über den Stand der Bodenreform informierte und auf die Schwierigkeiten der Organisation in der Provinz sowie darauf hinwies, dass der Bauernausschuss der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei zustandegekommen und seitens der Partei Dénes's eine Annäherung zu verzeichnen ist, im September aber der Entwurf der Dorfarbeit fertiggestellt werden wird, in erster Linie das betont, dass die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei der Bauernfrage das nötige Verständnis entgegenbringt. Ferner fügte er hinzu, dass sie keine Gelegenheit versäumt um der Auffassung der Kommunistischen Partei Ungarn entsprechend zu arbeiten. Und im Zusammenhang damit unterstrich er besonders, dass sie eine neue Bodenreform fordert und den Fehler der Proletariardiktatur vom Jahr 1919 begreift: die Versäumnis der Bodenverteilung.⁹⁷

Im übrigen hing es mit der Bedeutung der Bauernfrage zusammen, dass es im August 1925, noch vor dem I. Kongress, im Verlauf dessen Vorbereitung, zu der seitens Károlyis angeregten Verhandlung zwischen dem Organisationsausschuss und Mihály Károlyi kam,⁹⁸ die auch das Präsidium der Komintern gutgeheissen hat.⁹⁹ Die Parteiführung rechnete nämlich damit (wie dies aus den Richtlinien für Verhandlungen mit Károlyi hervorgeht), dass falls es gelingt mit Károlyi, der, als Repräsentant der Oktoberrevolution ein Ansehen genoss, eine Vereinbarung zu treffen, dadurch die Ausweitung der kommunistischen Arbeit innerhalb der Bauernschaft ermöglicht wird. Károlyi würde jedoch laut Konzeption des Organisationsausschusses nicht unter kommunistischer Flagge, sondern als selbständiger Politiker vor der Bauernschaft auftreten. Er war der Meinung, dass auch die Gründung einer besonderen Bauernpartei nicht richtig wäre, sondern dass sich innerhalb der bereits bestehenden Bauernorganisationen eine legale Fraktionsarbeit entfalte. Von Károlyi erwartete er gleichzeitig, dass er die Notwendigkeit der Bodenverteilung ohne Erlös anerkennt. Die Kooperation mit ihm dürfte aber keinerlei Schranken in der Beziehung bedeuten, dass die Kommunistische Partei Ungarns eine illegale oder legale Tätigkeit innerhalb der Bauernschaft ausübe, hingegen muss auch die Kommunistische Partei Károlyi über ihre legale politische Tätigkeit unter den Bauern, ihr Programm und ihre taktischen Zielsetzungen regelmässig unterrichten und Károlyi mit allen ihr in der Parteiarbeit zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.¹⁰⁰

Aus den zwischen dem 6. und. 10. August geführten Verhandlungen, an denen seitens der Kommunisten Kun, Landler, Alpári und Andor Gábor teilgenommen haben, stellte sich dann auch heraus, dass Károlyi sich deshalb an die Kommunisten gewandt hat, weil er zur Überzeugung gelangt war, dass die Bauernschaft nur durch eine Revolution zu Boden gelangen kann, und zwar aufgrund eines Bündnisses mit dem Proletariat. Andererseits erachtete er das Ziel der Kommunistischen Partei Ungarns für annehmbar: die Aufteilung des gebundenen und ungebundenen Grossgrundbesitzes unter den Bauern ohne Ablösung. Eine solche Lösung und auch deren Ankündigung hielt aber der Organisationsausschuss nur in gewissen Abstufungen für vorstellbar, was sich darin widerspiegelte, dass den Anstoss

die Forderung einer Verwirklichung der bereits zum Gesetz erhobenen Bodenreform gab, dieser folgte die Parole der neuen Agrarreform und schliesslich die Forderung einer Inbesitznahme des Bodens auf revolutionärem Weg. Darüber hinaus nahm er zur Kenntnis — und hier handelt es hinsichtlich der perspektivischen Konzeption um ein Element, das keineswegs ausser acht gelassen werden darf —, dass „wenn in der diesseitigen Etappe des maximalen Programms eine abgelöste Aufteilung des Bodens zumindest in der Weise möglich ist, wie dies beispielsweise die im Februar 1919 angekündigte Károlyi-Buza'sche Bodenreform vorgesehen hat, er (nämlich Károlyi — B. K.) freie Hand bekommt, demgegenüber er (nämlich Károlyi — B. K.) — ist weiterhin zu lesen — es für natürlich erachtet, dass die Kommunistische Partei Ungarns ihm gegenüber ihre volle Aktionsfreiheit zurückgewinnt.“¹⁰¹

Das dementsprechende Übereinkommen bestimmte ausser der Tatsache der Zusammenarbeit — von der nur die zuständigen Organe der Kommunistischen Partei Ungarns, der Komintern und der Bauerninternationalen Kenntnis erhalten durften — auch die Form der Kooperation. Und zwar so, dass „Mihály Károlyi seine revolutionäre Agitation und seine Aktionen im Kreise der Bauernschaft im Einvernehmen mit der Kommunistischen Partei Ungarns und nach Vereinbarung mit dieser durchführt“. Die Kommunistische Partei Ungarns hingegen „informiert Mihály Károlyi fortlaufend über ihre im Kreise der Bauernschaft zu tätigen Aktionen und ihre Agitation, natürlich mit Vorbehalt des Rechtes, dass sie unter der Bauernschaft ihre Arbeit unter eigener Flagge fortsetzt.“ Zugleich formulierte die Führung der Kommunistischen Partei Ungarns — laut unseren Angaben — in diesem Dokument erstmals programmässig auch die Notwendigkeit der in den Bauernorganisationen durchzuführenden Fraktionstätigkeit. Dem Übereinkommen gemäss beschlossen „Mihály Károlyi und die Kommunistische Partei Ungarns in sämtlichen bestehenden Bauernparteien und in sonstigen revolutionären Vereinen der Bauernschaft oppositionelle Fraktionen zu bilden, mit dem Zweck, dass diese Bauernparteien und gesellschaftlichen Vereine eine Verschiebung nach links, in revolutionäre Richtung erfahren. Die Beschlüsse hinsichtlich der Taktik der oppositionellen Fraktionen fassen immer die Kommunistische Partei Ungarns und Mihály Károlyi gemeinsam.“¹⁰²

Zum Übereinkommen wollen wir nur noch so viel hinzufügen, dass dieses nicht nur den in der konkreten Situation vorstellbaren Möglichkeiten entsprochen hat, sondern im Einklang mit der Richtungslinie des bereits erwähnten Komintern-Plenums von Ende März — Anfang April 1925 war,¹⁰³ die zur Grundlage der in dem wenige Monate später abgehaltenen I. Kongress der Kommunistischen Partei Ungarns ausgearbeiteten Bauernlinie wurde und auch bei der Interpretierung der strategischen Linie eine Rolle gespielt hat. Es entsprach aber auch der Auffassung Kuns, die er im Plenum im Zusammenhang mit der ungarischen Agrarfrage geäußert hat.¹⁰⁴

Das Plenum mass — wie dies vor allem aus der Rede Bucharins hervorgeht, aber auch im Beschluss Platz bekam — sowohl der Bodenverteilung,

bei deren Begründung die negativen Lehren der ungarischen Bodenverteilung von 1919 konkret genannt wurden,¹⁰⁵ wie auch der Stauer und der Zollfrage grosse Bedeutung zu. Es formulierte sich aber auch, dass es vorstellbar sei, dass die Bourgeoisie in den rückständigen Ländern einen Teil des Grossgrundbesitzes aufopfert, um durch eine Bodenreform die Bauernschaft an ihre Leine zu binden. Und dass man auch das nicht ausser acht lassen kann, dass ausser ihr auch die Sozialdemokratie mit Teilforderungen operiert. Im Zusammenhang damit wurde dann eindeutig die Ansicht, dass die kommunistischen Parteien die Teilforderungen keinesfalls verweigern dürfen und dass man die täglich aktuellen Fragen nicht vernachlässigen darf, vielmehr müssen weitere Teilforderungen gestellt werden, die (wie dies schon am III. Kongress der Komintern beschlossen wurde¹⁰⁶ und auch der IV. Kongress nicht in Frage gestellt hat¹⁰⁷, mit der revolutionären Perspektive zu verbinden sind, da es vollauf unrichtig wäre die Teilforderungen aus den Forderungen der Kommunisten zu eliminieren.¹⁰⁸

Auch das Verhältnis zu den Bauernorganisationen bestimmte das Plenum in der Weise, dass dort, wo sich die verschiedenen Schichten der Bauernschaft in einer gemeinsamen Organisation vereinigt haben, die Klein- und Mittelbauern vom Einfluss und der Leitung der Gutsbesitzer und der kapitalistischen Bauern zu befreien sind, und wenn die Leitung nicht beseitigt werden kann, muss man trachten diese Schichten in besonderen Organisationen zu vereinigen, mit denen dann die Partei einen Block bilden soll. Wo die Bauernschaft keine Organisationen hat, sind solche zu gründen, doch erfolge dies – und hier wurde der frühere Standpunkt wiederholt – nicht in der Form von Bauernparteien.¹⁰⁹ Bucharin motivierte das übrigens damit, dass die Kommunisten gleichzeitig Mitglieder von zwei Parteien wären und eine unmögliche Situation entstehen würde. Ausserdem wäre das keine breite Organisation, die einen Grossteil der Zwerg- und Kleinbauern nicht umfassen, obwohl gerade das not tut. Statt dessen empfahl er den Bauernbund, dem die Kommunistische Partei natürlich nicht die Annahme des gesamten kommunistischen Programms „anbieten würde“. Im Gegensatz zum Beschluss hielt Bucharin es gleichzeitig nicht für nötig, dass überall Fraktionen zustandegebracht werden.¹¹⁰ Varga hingegen stellte gerade das in Frage, ob das Zustandekommen von Bauernparteien vermeidbar ist, wenn die Kommunisten eine tatsächliche politische Arbeit leisten, und sprach davon, dass man in Wirklichkeit dieser Frage nicht aus dem Weg gehen kann.¹¹¹ Dort aber, wo Bauernparteien bereits funktionieren, müssen mit den Kleinbauernparteien oder mit den Kleinbauernflügeln der Bauernparteien Blöcke gebildet werden, um damit den Beitritt der Bauernorganisationen zur Internationalen Bauerninternationale zu fördern.¹¹²

Was aber die Rede Kuns betrifft, unterstrich er vor allem, dass im Jahr 1919 der Fehler die Folge des sog. proletarisch – kommunistischen Standpunktes war, und dass sich die mit der Grossbetriebsform verbundene Kombination – die Kontinuität der Produktion – als Illusion erwiesen hat. Er wies darauf hin, dass sich die Antipathie gegenüber dieser Politik

schon im ersten Monat zeigte. Als Hauptfehler aber bezeichnete er den Umstand, dass die Besitzlosen die Wandlung nicht empfunden haben und schon im zweiten Monat die Bodenverteilung forderten, einige Einheiten aber verweigerten deshalb den Marsch an die Front. Falls die Räterepublik erhalten geblieben wäre — fügte er hinzu — wäre es notgedrungen zur Bodenverteilung gekommen. Gleichzeitig übte er Kritik an der Abneigung, die in der deutschen Partei gegenüber der Parole einer Regierung der Arbeiter und Bauern zutage trat, die mit den bäuerlichen Beziehungen verbunden war und darauf aufmerksam machte: wenn das Proletariat noch vor der Machtergreifung nicht in dem Geist erzogen wird, dass ein Bündnis der Arbeiter und Bauern unerlässlich ist, nach der Machtergreifung riesige Probleme entstehen können.¹¹³

Schliesslich wollen wir als letzte Tatsache noch erwähnen, dass die Führung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei gelegentlich der hauptstädtischen Wahlen im Mai 1925 — da die Teilnahme der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei nicht gesichert werden konnte — ihre Mitglieder aufforderte ihre Stimme auf die Ungarische Sozialdemokratische Partei abzugeben,¹¹⁴ womit im Zusammenhang sich die Führung der Kommunistischen Partei Ungarns im Juli dahingehend geäußert hat, dass „die Linie der Wahl im allgemeinen tadellos war“. Gleichzeitig sprach sie davon, dass man mit den „Soldaten und Unteroffizieren“ der sozialdemokratischen Partei eine Einheitsfront bilden müsse, und wies es zurück, dass die Aufforderungen zu gemeinsamen Aktionen von Beginn an die oppositionellen sozialdemokratischen Gruppen gerichtet werden.¹¹⁵

ANMERKUNGEN

¹ Tézisek a Kommunista Internacionálé taktikájáról. A Kommunista Internacionálé válogatott dokumentumai (Thesen über die Taktik der Kommunistischen Internationale. Ausgewählte Dokumente der Kommunistischen Internationale — Im weiteren: KIVD). Ausgewählt und herausgegeben von Rózsa Csonka — Iván Harsányi — Gábor Székely. Kossuth Könyvkiadó, 1975. S. 173 — 195.

² Protokoll. Fünfter Kongress der Kommunistischen Internationale (im weiteren: Protokoll. Fünfter Kongress). Verlag Carl Hoym. o. J., o. O. S. 91. „Die Arbeiter- und Bauernregierung ist nicht mehr als ein Mittel der Agitation, der Propaganda und der Mobilisierung von Massen. Wie ich das schon 1922 erklärt habe, ein Pseudonym der Diktatur des Proletariats.“

³ A. a. O. S. 67. — Hier handelt es sich tatsächlich darum, dass die Rolle der Konterrevolution die Faschisten übernehmen. Z. B. Radek: „Der bevorstehende Konkurs der deutschen Bourgeoisie und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands“, Artikel vom Ende Juli (Internationale Presse Korrespondenz (im weiteren: Inprekorr — 3. August 1923. S. 1115 — 1117) im Zusammenhang damit, dass der mit der Besetzung des Ruhrgebiets proklamierte passive Widerstand seitens der deutschen Bourgeoisie in Konkurs geraten ist, spricht er darüber, dass im konterrevolutionären Prozess den aktiven Faktor die Faschisten bilden, dass die Kommunisten somit in einer Einheitsfront mit der sozialdemokratischen Linken den Kampf steigern müssen, aber so, dass sie bestrebt seien auch die kleinstädtischen Massen zu gewinnen, deren sie jedoch nicht aus taktischem Gesichtspunkt, nicht gegen die Faschisten bedürfen, sondern im allgemeinen, zwecks Gewinnung der Macht. Die Tatsache aber, dass das Proletariat nicht nur in seinem eigenen Interesse auftritt sondern mit allen jenen gemeinsam vorgehen möchte, mit allen ein Bündnis

schliessen will, die der Kapitalismus unterdrückt, ist keine Taktik, sondern eben eine Klassenstrategie. Im Zusammenhang aber mit der Regierung Stresemann, die im August 1923 die Regierung Cuno abgelöst hatte, begann jene Auffassung in den Vordergrund zu rücken, dass die Verschiebung nach rechts nicht durch Inanspruchnahme der Faschisten, sondern durch Einbeziehung der rechtsorientierten Sozialdemokratie (die Sozialdemokraten beteiligten sich im Stresemann-Kabinett) vor sich geht, was dann auch das Verhältnis zur Sozialdemokratie in einen anderen Zusammenhang brachte, wenn es auch nicht jedes positive Element sofort liquidierte und die Verdrängung der Radek-Brandler'schen Linie in den Hintergrund nach sich zog, folglich ebnete es den Weg zur Verschiebung des Schwerpunktes der radikalen Ruth Fischer'schen Konzeption.

- ⁴ A. a. O. S. 62, 67. Laut Sinowjew bietet diese neue Situation den taktischen Schlüssel, und wenn die Sozialdemokraten gegen die Faschisten wirklich gekämpft hätten oder diese sie besiegt hätten, wäre dem eine Annäherung und nicht die Verschärfung des Kampfes gefolgt zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten. (A. a. O.)

⁵ A. a. O. S. 58–59.

⁶ A. a. O. S. 67.

⁷ A. a. O. S. 66.

⁸ A. a. O. KIVD. S. 178.

⁹ A. a. O. S. 81. Konkret nannte er England, Belgien und Österreich. — Übrigens spricht das italienische Aktionsprogramm (das hier angenommen wurde) entschieden von der Notwendigkeit der Einheitsfront. Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Karl Hoym, Hamburg, 1924. S. 173.

¹⁰ A. a. O. S. 87. — Sinowjew wiederholte die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Parteifragment auch im Schlusswort. (A. a. O. S. 492–496).

¹¹ A. a. O. S. 273–275.

¹² A. a. O. S. 78–80, 83. Sinowjew unterzog konkret die Beschlüsse des zwischen dem 28. Januar und dem 1. Februar 1923 abgehaltenen Leipziger Kongresses eine Kritik, namentlich den folgenden, auch demokratische Illusionen erweckenden Teil: „Die Arbeiterregierung ist weder eine Diktatur des Proletariats, noch ein friedliches parlamentarisches Auftreten in diese Richtung. Sie ist ein Versuch der Arbeiterklasse im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, und vor allem mit deren Mitteln, gestützt auf die Proletarierorganisationen und die Massenbewegungen des Proletariats, eine Arbeiterpolitik zu betreiben.“ (A. a. O. S. 85) Die Fortsetzung zitierte er aber nicht, in der davon die Rede ist, dass sie den Rahmen der Demokratie bewusst zersetzt und den demokratischen Staatsapparat zerstört, um die den völlig zu einer Klassenorganisation des Proletariats zu gestalten (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ketz Verlag, Berlin 1966, Bd. 3, S. 650). Und ebenso war die Lage bezüglich des Beschlusses der tschechischen Partei vom Februar 1923, auf die in der Diskussion, die sich nach dem V. Kongress der Kommunistischen Internationale in der tschechoslowakischen Partei entfaltet hat, Smeral hinwies, indem er den Beschluss zitierte. (Inprekorr, 1924. 7. Oktober, S. 1724–1734. Referat des Genossen Smeral auf der Kreiskonferenz in Kladno am 28. September.) Sinowjew spielte übrigens auf die tschechische Parteisituation wiederholt an, so bemerkte er unter anderem, wenn die Situation der deutschen ähnlich gewesen wäre, so hätte sich die Lage in Sachsen wiederholt. (Protokoll Fünfter Kongress, gen. Werk, S. 93.)

¹³ Eingehend siehe: *Kirschner, B.: Lenin a demokratikus és szocialista forradalomról* (Lenin über die demokratische und sozialistische Revolution). Bp. 1971. Akadémiai Kiadó, S. 208–211).

¹⁴ Protokoll, Fünfter Kongress. A. a. O. S. 82–83. Als nämlich Sinowjew darüber sprach, dass jener Teil des Beschlusses hinsichtlich der Arbeiterklasse vom IV. Kongress, der die auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet gebildeten Koalitionen aller Arbeiterparteien umfasste, eine Konzession politischer Art gegenüber der Rechten dargestellt hat. Er verwies auch darauf, dass die politische Agitation auch hinsichtlich des strategischen Manövers richtig war. Damals verlas übrigens Sinowjew das bereits erwähnte Schreiben Lenins über den Kompromiss, ohne jedoch darauf hinzuweisen, dass es sich hier um eine Variante der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern handelt hat.

¹⁵ A. a. O. S. 83.

¹⁶ A. a. O. S. 79. Einige Seiten weiter betonte er neuerdings seine Verantwortung. (A. a. O. S. 89, 91.)

¹⁷ A. a. O.

¹⁸ A. a. O. S. 83–84.

¹⁹ Siehe Anmerkung No. 12.

²⁰ Protokoll, Fünfter Kongress, gen. Werk, S. 83–86.

²¹ A. a. O. S. 86. Auch Bucharin sprach darüber, dass es sich nicht um eine Verneinung der Einheitsfronttaktik, sondern um die Ablehnung der Radek'schen Auslegung handelt (A. a. O. S. 273).

²² Smeral sprach z. b. davon, dass die These des tschechoslowakischen Parteikongresses vom Jahr 1923 über die Arbeiterregierung jedermann so aufgefasst hat, dass diese dem Beschluss des IV. Kongresses entspricht, und dies war auch die Meinung der Vertreter des EK der Komintern. Obwohl er nicht die Absicht hatte an den Thesen der Komintern und seines eigenen Kongresses festzuhalten, doch verwahrte er sich dagegen, dass die damaligen Beschlüsse jetzt des Opportunismus bezichtigt werden (A. a. O. S. 161–162). Im übrigen flammte nach dem V. Kongress in der tschechischen Partei die Streitfrage bezüglich der Frage der Arbeiterregierung wieder auf. Siehe z. B. *Karl Kreibich*: Zur Frage der Arbeiterregierung in der Tschechoslowakei (Inprekorr, 11. Juli 1924. S. 1094–1095); *Alois Neurath*: Zur Frage der Arbeiterregierung. A. a. O. 17. Juli 1924. S. 1134–1136; *F. S. Raudnitz*: Die tschechoslowakische Arbeiterregierung als antifaschistische Regierungskoalition. A. a. O. 25. Juli 1924. S. 1214–1216; Zur Diskussion in der Tschechoslowakischen Partei. A. a. O. 29. August 1924. S. 1487; A. a. O. 12. September 1924. S. 1552–1553. Referat des Genossen Smeral auf der Kreiskonferenz in Kladno am 8. September. A. a. O. 7. Oktober 1924. S. 1726–1734. Der Italiener Rossi (Ruggero Grieco) sprach unter Berufung auf Sinowjew darüber, dass bei Interpretierung der Parolen manchmal auch das EK. Fehler begangen hat. (Protokoll, Fünfter Kongress. Gen. Werk S. 156.) Der Pole Lenski hielt für das Verdienst des Referates, dass Sinowjew Klarheit in die Frage der Regierung der Arbeiter und Bauern gebracht hat. (A. a. O. S. 294.) Später, im März 1925 entfernte der Kongress der polnischen kommunistischen Partei Warski, Kostrzewa und Valecki aus der Parteileitung, indem man ihnen vorgeworfen hat, sie hätten vor dem V. Kongress der Komintern eine rechts orientierte Politik verfolgt. (Kelet-Európa, 1900–1945. Bd. 5/1. Hrsg.: Dolmányos, I., Tankönyvkiadó, Bp. 1973, S. 215.) Boniewicz sprach hingegen im erweiterten Plenum der Komintern im März–April 1925 darüber, dass die Partei Ende 1923 die Parole „Boden den Bauern!“ nicht der bolschewistischen Richtlinie der Partei entsprechend verkündet hat, indem sie die Polarisierung innerhalb der Bauernschaft ausser acht liess, die Auffassung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern sich der opportunistischen Einheitsfront-Auffassung entsprechend abzeichnete und auch eine Parlamentskombination der polnischen Partei mit den verräterischen Parteien nicht ausschloss. (Protokoll, Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. März – 6. April 1925. Verlag Carl Hoyt Nachf. Hamburg, 1925. S. 264–265.) Der Schwede Höglund bemerkte schon zu Beginn seiner Rede: „Es gab eine Zeitspanne, wo es die schwedische Partei versucht hat nicht nur mit den sozialdemokratischen und syndikalistischen Massen, sondern auch mit deren Führer eine Einheitsfront zustandezubringen“. („Protokoll, Fünfter Kongress, gen. Werk, S. 344.) Dem Norwegen Hansen gemäss „... wurden die Parteileitungen von einer unrichtigen taktischen Einstellung inspiriert, so dass die Illusion des Genossen Radek, wonach die Sozialdemokraten eine Weile mit der Partei der Revolution zusammen gehen werden, zu einem Misserfolg und eine gefährliche Bündnistaktik führte...“ (A. a. O. S. 358). Dann fügte er hinzu: „auch in Skandinavien neigte man zur Theorie einer Arbeiterregierung, als einer demokratischen Übergangsstuf. In dieser Frage verhielten sich nur die dänischen Genossen richtig und konsequent“. (A. a. O. S. 364.) Als Togliatti klare Formeln forderte, motivierte er die Vorbehalte des Zentrums der italienischen Partei damit, dass „in einzelnen Thesen des IV. Kongresses und der erweiterten Sitzung des Exekutivkomitees Zweideutigkeiten oder unklare Formulierungen vorkommen, die den Gefahren von rechts die Türe offen liessen“. (A. a. O. S. 377.)

²³ A. a. O. S. 253.

²⁴ A. a. O. S. 191–192.

²⁵ A. a. O. S. 162–181. Radek wurde übrigens schon am XIII. Kongress der K/b/PR kritisiert. (Trinadcatij sjed RKP/b). Stenografitscheskij Otgot, Moskau 1963. Gos. Isdat. S. 355–362.)

²⁶ A. a. O. S. 320–339.

²⁷ A. a. O. S. 385–390.

²⁸ A. a. O. S. 394–406.

- ²⁹ A. a. O. S. 604–612. – In dieser wurde unter anderem erklärt, dass seitens Bordiga „die Verurteilung der Taktik und Tätigkeit des Exekutivkomitees den Tatsachen widerspricht und objektiv die Auffassung des rechten Flügels der Internationale unterstützt“. Er beurteilte die Angelegenheit so, dass der V. Kongress die opportunistische Gefahr noch nicht bezwungen hat und die Kräftigung lediglich durch Vernichtung der rechtsorientierten Tendenzen erfolgen kann. – Übrigens wies auch Bucharin die Kritik Bordigas zurück. Er bezeichnete gerade die Anhänger des Italieners Bordiga als Revisionisten, und war nicht einverstanden damit, dass man den synonymen Begriff der Proletariardiktatur nicht als Parole zulassen könne. Anhand dessen berief er sich auf die Parole „alle Macht den Sowjets!“, und bemerkte – ohne jedoch darauf hinzuweisen, dass die Parole nicht allein die Diktatur des Proletariats zum Ausdruck brachte, und zu einer Zeit veröffentlicht wurde, als in den Sowjets noch die Menschewiken und SR-en noch in Überzahl waren. (A. a. O. S. 602.)
- ³⁰ A. a. O. S. 467.
- ³¹ A. a. O. S. 477.
- ³² A. a. O. S. 92.
- ³³ A. a. O. S. 87.
- ³⁴ A. a. O. S. 459–460.
- ³⁵ Dokumentumok a magyar forradalmi munkásmozgalom történetéből (Dokumente aus der Geschichte der ungarischen Revolutionären Arbeiterbewegung – im weiteren: DMFMT) 1919–1929. Kossuth Könyvkiadó, S. 229. – Die Propagierung der Notwendigkeit des Bündnisses wollte er unter den armen Bauern durch die Bezirkskomitees der Provinz verwirklichen. Das angenommene provisorische Statut sah nämlich vor, die Lenkung der kommunistischen Bewegung durch Organisation von sechs Bezirkskomitees im Lande zu lösen (Budapest und Umgebung, Miskolc und Umgebung, Szeged und Umgebung, in Transdanubien Pécs und Umgebung sowie Győr und Umgebung, ferner Debrecen und das Gebiet jenseits der Theiss). (PI Archivum 500 f. 1/51 öe. S. 33–35. Die provisorischen Statuten der Kommunistischen Partei Ungarns.)
- ³⁶ A. a. O. S. 228.
- ³⁷ A. a. O.
- ³⁸ A. a. O. S. 229.
- ³⁹ PI Archivum 500 f. 1/34 öe. S. 1–2. Bericht über die Tätigkeit der KP Ungarns. 17. September 1924.
- ⁴⁰ DMFMT 1919–1929. gen. Werk S. 230.
- ⁴¹ PI Archivum 500 f. 5/6 öe. S. 40–42. Aktionsprogramm des Ungarischen Verbandes der Kommunistischen Jugend.
- ⁴² A. a. O. 500 f. 5/6 öe. S. 52–54. Brief von Szabó (Nándor Székér).
- ⁴³ A. a. O. S. 26. 12. August 1924.
- ⁴⁴ A. a. O. S. 52–53. Brief Szabós, September 1924; A. a. O. S. 63–64. Oktober 1924. Bericht das ZK des UKJV; A. a. O. S. 2–3. 9. Oktober 1924. An die Zentrale des KJV Ungarns A. a. O. S. 66–67. Brief Szabós; A. a. O. S. 35–37. 24. Oktober 1924. An das ZK KJV Ungarns; A. a. O. S. 69–70. November 1924. Brief aus Ungarn; A. a. O. S. 5–6. 20. November 1924. An das ZK KJV Ungarns; A. a. O. si. 92. 24. Dezember 1924. Brief der Ungarischen Zentrale.
- ⁴⁵ A. a. O. 500 f. 1/34. öe. S. 1. – Am 26. August 1924 beschlossen die Parlamentsfraktion, der Fachrat und die Parteiführung das Parlament in Angelegenheit der Arbeitslosigkeit einzuberufen. (Népszava, 27. August 1924. A munkanélküliség kérdése a parlament előtt (: Die Arbeitslosenfrage vor dem Parlament :). Diese Situation nutzte die Opposition am 5. September aus. Bei der Demonstration zog die Polizei einen Kordon um das Parlament, und es kam zu 30. Festnahmen. (A. a. O. 6. September. Rendőrhadsereg védelme alatt (: Unter dem Schutz einer Polizeiermee :). – Es ist zu bemerken, dass zeitweilig auch die sozialdemokratische Führung gezwungen war anzuerkennen, dass auch Mittel ausserhalb des Parlaments in Anspruch zu nehmen sind, dass diese mit dem parlamentarischen Auftreten verbunden werden müssen. Eine derartige Situation ergab sich gelegentlich der Sanierungsdebatte. (Népszava, 5. April 1924. A Szociáldemokrata Párt harca az országnyomorító szanálás ellen (: Kampf der Sozialdemokratischen Partei gegen die das Land bedrückende Sanierung :). Das Sanierungsgesetz wurde jedoch rasch unter Dach gebracht, wobei der Umstand eine Rolle spielte, dass die Fraktion der USDP für den Preis von gewissen Konzessionen bereit war nachzugeben. (PI Archivum, 658. F. 3. öe. S. 3/a.)

⁴⁶ DMFMT 1919–1929, gen. Werk S. 229.

⁴⁷ Wir bemerken, dass eine solche Folgerung auch in der Jugendbewegung anzutreffen war. Im Dokument „Magyarországi ifjúsunkások gazdasági helyzete“ (Die wirtschaftliche Lage der Jungarbeiter in Ungarn – PI Archivum 500 f. 1/17. öe. S. 18–21) ist hierüber folgendes zu lesen: „... die Sanierung wird nicht allein die Arbeiterschaft, sondern auch die Kleinbourgeoisie in Stadt und Land sehr schwer treffen und einen Proletarisierungsprozess eröffnen, der sehr revolutionierend wirken wird. Von der revolutionären Verschiebung nach links der ungarischen Arbeiterschaft und von diesem Prozess kann schon jene Aktion erwartet werden, die eine Besserung der wirtschaftlichen Lage unserer Jungarbeiter zeitigen wird.“

⁴⁸ Párisi Munkás. 3. August 1924. József Révai: Magyarország „szanálása” és a szakszervezetek (Die „Sanierung Ungarns und die Gewerkschaften).

⁴⁹ DMFMT S. 230.

⁵⁰ PI Archivum 500 f. 2/63. öe. Wie es z. B. aus der von Andor Réz über die Zeitspanne September–Oktober 1924 angefertigten Zusammenfassung (A. a. O. S. 166–204. 26. Oktober 1924) – in der unter anderem von der Zunahme der Hegemonie des Bankkapitals, der Polarisation der kleinbürgerlichen Schichten und anderen Fragen, so auch davon, dass Bethlen in Wirklichkeit ein selbstbewusster Vertreter des Grossgrundbesitzes und des Grosskapitals ist, ferner von der Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder und auch von den sowjetisch-ungarischen Verhandlungen die Rede war – hervorgeht, beurteilten sie den Konflikt zwischen Nagyatádi und Bethlen, der Nagyatádi Mitte Oktober den Ministerstuhl kostete (und nicht viel später, am 31. Oktober gestorben ist), realer, als die Sozialdemokraten, als sie sahen, dass Bethlen selbst die Person Nagyatádi nicht mehr benötigt. Im Zusammenhang mit dem Faschismus konnte festgestellt werden, dass dieser über eine bedeutende politische Macht verfügt, die sich auf die Mehrzahl der staatlichen Bürokratie, auf einen Teil der reichen und der kleinen Bauernschaft, auf eine dünne Schicht des nationalistischen städtischen Kleinbürgertums und auf eine überwiegende Mehrheit des Heeres stützt. Es wird darauf hingewiesen, dass er in zahlreichen Zügen vom klassischen italienischen abweicht, dass in ihm mehr agrarische Elemente anzutreffen sind, und dass es dem Faschismus gelungen ist sich eine solide organisatorische Struktur zu verschaffen, die sich aus legalen, illegalen, halblegalen und konspirativen Teilen zusammensetzt.

⁵¹ A KMP I. Kongresszusa (Der erste Kongress der Kommunistischen Partei Ungarns – im weiteren: KMP I.). Zusammengestellt und herausgegeben von Ágnes Szabó und Magda Imre. Kossuth Könyvkiadó, 1975. S. 36–37.

⁵² DMFMT S. 240. Abschnitte aus dem Protokoll der Plenarsitzung des Organisationsausschusses der Kommunistischen Partei Ungarns und der ungarischen Delegierten. – Die Erörterung der November-Sitzung siehe: Szabó Á.: A Kommunisták Magyarországi Pártjának első kongresszusa (Erster Kongress der Kommunistischen Partei Ungarns). Párttörténeti Közlemények, S. 10–11. Mai 1962.

⁵³ A. a. O. S. 232–233, 241. Das Referat über die illegale Tätigkeit berichtete über die Funktionierung von 39–40 Betriebszellen, die Registrierung von 120 Kommunisten und die Vorbereitung von 50 Aufnahmen.

⁵⁴ A. a. O. S. 234–235.

⁵⁵ A. a. O. S. 236–237.

⁵⁶ A. a. O. S. 241.

^{56a} A. a. O. S. 242.

⁵⁷ Die Probleme der Gründung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei erörtert in einer Monographie von hohem Niveau eingehend: Frau Liptai, E.: A Magyarországi Szocialista Munkáspárt (Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) 1925–1928. Kossuth Könyvkiadó, 1971, S. 5–67.

⁵⁸ PI Archivum 500 f. 1/30 öe. Auch Alpári ermahnte zur Vorsicht, obwohl er anerkannt hat, dass Landler es bewies, dass man sich auf einen raschen Verlauf der Ereignisse vorbereiten und erreichen muss, dass mit der Krise Schritt gehalten werde. (A. a. O. S. 13.) Im übrigen hat Landler am 14. November, als er das Protokoll des Plenums an Sinowjew sandte und seine Bedenken darüber zum Ausdruck brachte, dass Mátyás Rákosi zwecks Verrichtung illegaler Arbeit heimgesandt werde, neuerdings angedeutet: „... ich sehe Tendenzen in Ungarn, die ein rasches Entwicklungstempo für uns diktieren“. (A. a. O. 500. f. 1/30. öe. S. 31.)

⁵⁹ A. a. O.

⁶⁰ Protokoll. Fünfter Kongress. gen. Werk S. 776–788.

⁶¹ A. a. O. S. 809–814. Die Diskussion über die Agrarfrage am V. Kongress erörtert eingehend *Csonka, R.*: Agrarprobleme, parasztmozgalomak és a Kommunista Internacionálé agrárpolitikája (Agrarprobleme, Bauernbewegungen und die Agrarpolitik der Kommunistischen Internationale) 1919–1929. Akadémiai Kiadó, Bp. 1974. S. 193–201.

⁶² A. a. O. S. 778–779, 785.

⁶³ A. a. O. S. 809–810.

⁶⁴ A. a. O. S. 810–811.

⁶⁵ A. a. O. S. 794.

⁶⁶ A. a. O. S. 787–788, 811–814.

⁶⁷ Eingehend siehe: *Csonka, R.* gen. Werk S. 164–175.

⁶⁸ PI Archivum. 500. f. 4/67. öe. S. 269.

⁶⁹ Bez. des Obigen siehe: A. a. O. 500. f. 1/30. öe.

⁷⁰ Az Újság, 22. Oktober 1924. Pártszövetségbe tömörült 16 ellenzéki képviselő (16 oppositionelle Abgeordnete schlossen sich in einem Parteibündnis zusammen); PI Archivum. MSZDP parlamenti frakció iratai 3/a. Protokoll der Sitzung vom 4. Dezember 1924; Az Újság, 16. November 1924. Vázsonyi Vilmos esatlakozott a demokratikus szövetséghez (Vilmos Vázsonyi schloss sich dem demokratischen Bündnis an). — Mitglieder des Bündnisses waren die im März 1924 gegründete oktobristische Kossuth-Partei, der anfangs 1923 zustandegekommene Bodenreformbund, die Partei Vázsonyis, die Ungarische Sozialdemokratische Partei und mehrere parteilose Abgeordnete. In den Verwaltungsausschuss wurden Lajos Szilágyi, Vilmos Vázsonyi, Károly Rupert, Gyula Peidl, István Farkas und Károly Peyer gewählt. In der Opposition befanden sich übrigens sowohl Legitimisten wie auch Republikaner und Anhänger der freien Königswahl.

⁷¹ P. Archivum 500 f. 1/30 öe. — Landler betonte z. B., dass ein entsprechender Erfolg nur durch die Spaltung der sozialdemokratischen Partei erzielt werden kann, und dass für die Massen eine Partei mehr bedeutet als eine oppositionelle Bewegung. Auch Kun, Alpári und Weisshaus äusserten sich über die Notwendigkeit einer Spaltung. Landler rechnete übrigens damit, dass es gelegentlich der hauptstädtischen Wahlen gelingen wird zehn Kommunisten zu wählen.

⁷² A. a. O. 500. f. 1/34. S. 3–6 (deutsch); a. a. O. 500. f. 2/74. öe. S. 2–13. Wnutrenije polititscheskoje poloschenije w Wengrija; A. a. O. 500 f. 2/699. öe. S. 16–22 (deutsch). Eingabe des Ernő Müller, Ferenc Bajáki, Dezső Bokányi und Ferenc Jancsik. — Hier sei bemerkt, dass die Führung des Kommunistischen Jungarbeiterverbandes es für richtig erachtete, dass gleichzeitig mit der Gründung der legalen revolutionären Arbeiterpartei auch der legale Jungarbeiterverband ins Leben gerufen werde. Die Führung der Kommunistischen Partei Ungarns und der Jugendinternationale anfangs 1925 gleichfalls bekräftigte, dass ein illegaler und ein legaler Jugendverband notwendig ist. (A. a. O. 500. f. 57. öe. Protokoll der Besprechung des Vertreters des EK der KJI mit den Vertretern des KJV Ungarns. 30. Januar 1925. A. a. O. Brief vom 6. März 1925. A. a. O. Bericht des Ungarischen Verbandes. 11. März 1925.) — Hier wollen wir auch darauf hinweisen, dass damals auch bei uns schon das Attribut sozialfaschistisch aufgetaucht war. Laut einer der bereits erwähnten Dokumente verriet nämlich die sozialdemokratische Führung mit ihrem Pakt vom Jahr 1921 ihren sozialfaschistischen Charakter, „Das, dass sie sogar das Programm des Sozialfaschismus selbst verraten — heisst es weiter — ist die offene Unterstützung der Konterrevolution, der Verzicht auf die republikanische Propaganda, die Aufgabe der Organisation des Agrarproletariats, der Staatsangestellten und der Eisenbahner, der Bruch mit der Tradition einer demokratischen Republik, die offene Unterstützung der Horthy-Regimes, das sind Geist und Inhalt des berüchtigten Paktes“. (A. a. O. 500 f. 1/34. öe. S. 4.)

⁷³ László Váradi deutete am ersten Kongress der Kommunistischen Partei Ungarns an, dass als im Dezember 1921 der Pakt bekannt wurde, die Situation reif zur Parteisplaltung war und dass diese „infolge des Gegensatzes zwischen dem ungarischen und dem ausländischen Teil des Organisationsausschusses nicht erfolgt ist“. (KMP I. S. 79–80.) Váradi wies hier auf Bethlen, der den Pakt veröffentlichte. Das war jedoch ein Irrtum, indem den Pakt am 31. Dezember 1924 die Führung der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei publiziert hat. („A paktum“) (: Der Pakt :) Népszava, 31. Dezember 1924.) PI Archivum, MSZMP ir. Parlamenti frakció ir. S. 16., Protokoll vom 28. Dezember 1924.) Die Parla-

mentsfraktion zog damals bereits zusammen mit ihren dem Demokratischen Bund angehörenden Partnern in Passivität, verliess das Parlament, da die im Zusammenhang mit der Affaire Esküdt das Wort ergreifenden oppositionellen Abgeordneten am 28. November zur Teil mit Gewalt aus dem Parlament entfernt wurden, dem am 1. Dezember die Verkündung der Passivität folgte.

⁷⁴ PI Archivum, 500 f. 2/894. S. 14–15. Wahrscheinlich spielte dabei die bereits erwähnte Eingabe von Müller, Bajáki, Bokányi und Jancsik eine Rolle, die jene Vorstellung enthielt, dass die Wahlbeteiligung der Opposition mit eigener Liste der Auftakt zur Gründung einer Deckpartei sein könnte, mit der Zufügung: „wofür sich übrigens in der nächsten Zeit auch andere Möglichkeiten darbieten werden“. (A. a. O. 500 f. 2/699. öe. S. 21.)

⁷⁵ Weisshaus erwähnte die wirkliche Demokratie in seinem, die Gründung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei motivierenden Vortrag, als er darüber sprach, dass die Arbeiterklasse fähig ist sich an die Spitze aller unterdrückten Werktätigen zu stellen, in dem Zusammenhang, dass die führende Rolle des Industrieproletariats nur der verneinen kann, „der mit seiner konterrevolutionären Gesinnung die Erzkämpfung der wirklichen Demokratie verhindern will“. Und einige Zeilen weiter unten: „Die kennzeichnendste Sünde der Sozialdemokratischen Partei ist eben die, dass sie im Pakt die Landarbeiter und Zwergbesitzer verraten hat. — Die Industriearbeiterschaft kämpft so lange vergebens für die Demokratie, bis sie die Massen des Dorfproletariats nicht an ihrer Seite weiss“. (A Magyarországi Szocialista Munkáspárt alakuló gyűlésének jegyzőkönyve (: Protokoll der Gründungsversammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarn :), 14. April 1923, im weiteren: MSZMP. Hrsg. A Magyarországi Szocialista Munkáspárt. Concordia-Druckerei. S. 5.)

⁷⁶ MSZMP S. 19–21.

⁷⁷ „Der Friedensvertrag von Trianon ist das Friedensdiktat der räuberischen Entente-Imperialisten gegen die Werktätigen Trianon-Ungarns und die in nationale Unterdrückung gestossenen ungarischen Werktätigen in den Nachfolgestaaten. Ungeachtet des Raubs von Trianon verbündeten sich die ungarischen herrschenden Klassen zwecks Erhaltung und Kräftigung ihrer Herrschaft mit den Mächtigen von Trianon. Das Bündnis der Bourgeoisie und des Grossgrundbesitzes übernimmt im Sanierungsgesetz die Rolle der Treiber des siegreichen ausländischen Kapitals und verdammt die ungarischen Werktätigen zum Schicksal der Kolonialsklaven. Der Weg zur Zertrümmerung des Trianoner Vertrags, zur Revision des Sanierungsgesetzes führt also durch den Klassenkampf gegen die herrschenden ungarischen Klassen. Die ungarischen „nationalistischen“ herrschenden Klassen haben sich gegen die ungarischen arbeitenden Klassen mit den ausländischen herrschenden Klassen verbündet, daher können auch die ungarischen arbeitenden Klassen ihren Klassenkampf gegen Trianon, gegen die das koloniale Elend schaffende Sanierung und für die Befreiung der ungarischen werktätigen Massen, die in den Nachfolgestaaten unter dem doppelten Joch der nationalen und sozialen Unterdrückung seufzen, nur international siegreich austragen.“ (A. a. O. S. 21.)

⁷⁸ In dieser Beziehung entwickelten sowohl Weisshaus (a. a. O. S. 5–7) wie auch Vági, der das Auftreten an den Gemeindewahlen motivierte, einen völlig gleichen Standpunkt. (A. a. O. S. 15–17.) In der Frage, ob es in Ungarn eine oder zwei herrschende Klassen gibt, wich vom richtigen Standpunkt Vágis die Meinung Weisshaus' ab, der aber nicht nur in dieser Beziehung ungenau oder unrichtig formulierte, sondern — wie darauf Frau Liptai in ihrem erwähnten Buch (*Frau Liptai, E.: A Magyarországi Szocialista Munkáspárt 1925–1928*, S. 72–73) hinweist — auch bei dem Begriff des Halbproletariats, (obwohl die Elemente dieser Anschauung auch im Standpunkt der Komintern anzutreffen sind), als er diesen allzusehr ausdehnte, oder als er davon sprach, dass das Regime der Unterstützung des Mittelstands verlustig wurde, beziehungsweise dass der Kampf gegen die Sozialdemokratie kein Bruderzwist ist, weil jene — hier widerspiegelt sich der Geist Sinowjews — die Partei der Bourgeoisie ist, somit ein Kampf gegen sie ein solcher gegen die Bourgeoisie ist.

⁷⁹ Das Aktionsprogramm umfasste ausser den bereits erwähnten wirtschaftlichen, sozialen usw. Forderungen ursprünglich als vierten Punkt die Bestimmungen im Zusammenhang mit den demokratisch-politischen Verhältnissen. Der endgültige Text trennte aber diese schon von den Forderungen, somit gerieten diese in Abhängigkeit von der demokratischen Linie. Gleichzeitig enthielt der endgültige Text jenen einleitenden Teil nicht, dass die Revolutionen von 1918 und 1919 notgedrungene Folgen der Jahrhunderte währenden

Unterdrückung waren und es besteht Kein Grund die Gemeinschaft mit diesen Revolutionen zu verneinen, so wie auch die Gemeinschaft mit Dózsa und der Revolution von 1848 anerkannt wird. (PI Archivum, 500 f. 1/52. öe. S. 9 – 10.)

- ⁸⁰ Hinsichtlich des Obigen siehe: A Magyarországi Szocialista Munkáspárt alakuló gyűlésének jegyzőkönyve (Protokoll der gründenden Versammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns). Gen. Werks. 21 – 22. — Hier sei bemerkt, dass jene Bewertung des Aktionsprogramms, wonach „die sozialdemokratische Partei aufgehört hat die klassenkämpferische Partei der Arbeiterschaft zu sein“ (A. a. O. S. 22) einen richtigeren Standpunkt zum Ausdruck bringt als die Feststellung Weisshaus', dass diese nicht mehr die Partei der Arbeiterschaft, sondern die der Bourgeoisie ist. Ähnlicherweise war es nicht richtig, dass es die Unterscheidung zwischen der Parteiführung und der Sozialdemokratie wegliess. (A. a. O.)

- ⁸¹ A. a. O. S. 21.

- ⁸² PI Archivum 500 f. 1/42 öe. S. 22 – 68. „Die Entwicklung der Opposition in der Sozialdemokratischen Partei Ungarns zur selbständigen Partei“. So verlangte er Rechenschaft wegen Vernachlässigung der Beziehungen zur Bauernschaft, wobei er darauf verwies, dass wo es keine Bauernpartei gibt, dort wollen die Kommunisten keine Bauernpartei gründen, eine Fraktionstätigkeit muss jedoch geübt werden. Ebenso beurteilte er es als Fehler, dass nicht rechtzeitig gegen die Spaltungen in den Gewerkschaften aufgetreten wurde, und dass die falsche Beschuldigung, wonach die Opposition mit den Faschisten kooperiert, schon früher zu beantworten gewesen wäre.

- ⁸³ A. a. O. S. 68. Jenő Varga schrieb am 24. April wahrscheinlich anhand dessen an Sinowjew, dass es vorstellbar ist, wonach die Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns nur kurzlebig sein wird, deshalb ist es absolut notwendig, dass in Ausnutzung der Zeit der Legalität illegale Zellen gebildet werden. (A. a. O. 500 f. 1/42. öe. S. 1.)

- ⁸⁴ A. a. O. S. 66 – 67.

- ⁸⁵ A. a. O. S. 66.

- ⁸⁶ Der KMP I. gen. Werk S. 89. Diskussion über die Referate. Diskussionsbeitrag Székérs und a. a. O. S. 245 Vortrag über den Kongress der Kommunistischen Partei Ungarns.

- ⁸⁷ PI Archivum 500 f. 1/42 öe. 22. April 1925. S. 63 – 64; A. a. O. 500 f. 2/86 öe. S. 4. Thesen über die Parteispaltung und der Ausweitung der Grundlagen der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns. 6. Juli 1925; A. a. O. 500 f. 1/44. S. 3 – 5. 28. Juli 1925. An das Präsidium des Internationalen Bauernrates; Inprekorr, 25. April 1925. S. 470 – 471. Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. Der Artikel wollte verständlicher Weise das Verhältnis zwischen der Kommunistischen Partei Ungarns und der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns verschleiern, und brachte auch Vorbehalte zum Ausdruck. Dann fügte er hinzu, dass wenn die Kommunisten einmal auch offen auf dem Schlachtfeld erscheinen können „sie gezwungen sein werden mit der neugegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei einen harten Kampf auszufechten“. — László Váradi erklärte im Schlusswort des I. Kongresses der Kommunistischen Partei Ungarns um Zusammenhang mit der legalen Bewegung folgendes: „Die Sozialistische Arbeiterpartei muss die Legalität in jeder Weise wahren und durch Intensivierung des Unterrichts und sorgfältige Durchführung ernster Aktionen ihren im Wesen gelegenen Bolschewismus fördern“. (I. Kongress der Kommunistischen Partei Ungarns, gen. Werk S. 94. Diskussion über die Referate.) In der Sitzung der Ungarischen Kommission der Komintern vom 23. November 1925 sprach Kun — der darauf hinwies, dass die Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns ca. 3700 Mitglieder hat (PI Archivum 500 f. 1/36. öe. S. 2. Protokoll der Sitzung der Ungarischen Kommission vom 23. November 1925) — auch darüber, dass diese Gruppe die Kommunistische Partei Ungarns unterstützt, die darauf bedacht ist die Legalität der Partei nicht zu gefährden. Auch links davon besteht nämlich eine Gruppe, die eine radikalere Politik fordert, die rechts stehende Gruppe unterhält hingegen Beziehungen zur sozialdemokratischen Emigration. (A. a. O. S. 4.) Man muss alles daranwenden — fügte er hinzu — dass die legale Partei so lange wie möglich zu erhalten. (A. a. O. S. 6.)

- ⁸⁸ PI Archivum 500 f. 2/86. öe. S. 4 – 9. Thesen zur Parteispaltung und zur Ausweitung der Grundlagen der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns. 6. Juli 1925.

- ⁸⁹ I. Kongress der Kommunistischen Partei Ungarns, gen. Werk S. 137. Die politische Lage in Ungarn, Aufgaben der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei Ungarns. — Im November 1925 sprach Kun davon, dass weil eine in der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei tätige oppositionelle Gruppe infolge eines Missverständnisses nicht in die

Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns übergetreten ist (PI Archivum 500 f. 1/36. ös. S. 6. Protokoll der Sitzung der Ungarischen Kommission vom 23. November 1925) die Parteiführung bestrebt war die Opposition so lange wie möglich in der Sozialdemokratischen Partei zu belassen. (A. a. O. S. 3, 18.)

⁹⁰ A. a. O. S. 131.

⁹¹ PI Archivum 500 f. 2/111. ös. S. 107–108. Organisation der Gruppen der sozialistischen Arbeiterpartei in den Gewerkschaften.

⁹² A. a. O. 500 f. 1/81. ös. S. 18–21. Instruktionsergänzungen zu den Thesen über die Parteisplaltung und die Ausweitung der Grundlagen der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns hinsichtlich der Gewerkschaftsarbeit. – Das Dokument erachtete unter anderem für erforderlich, dass in der legalen und in der illegalen Partei sich besondere Ressorts mit den Gewerkschaften beschäftigen. Jede Gewerkschaft hat bis zum Herbst ihre Fraktionen zustandezubringen. Die Leiter sind zwecks Berichterstattung und Instruktionen regelmäßig einzuberufen. In den Fraktionsbüros soll die Mehrheit aus Mitgliedern der illegalen Partei bestehen. In der Konzeption figurierte auch die Organisation von interfachlichen Aktionen. Ein besonderer Nachdruck lag auf den um die Demokratie zu gruppierenden Forderungen, unter denen auch die Einberufung von Konferenzen sämtlicher Vertrauensmänner, ausser ordentlichen Vollversammlungen, Tagungen anzutreffen waren, ebenso die Ausgestaltung solcher Rechte, die den Vorstandsmitgliedern das Organisationsausschusses die Einsichtnahme in die Korrespondenz und die Geldgebarung ermöglichen. Die Fachzeitschriften mögen auch der Opposition zur Verfügung stehen. Ausserdem macht die Ergänzung auf die im Herbst zu erwartende Lohnbewegung und die Ausarbeitung eines entsprechenden Kampagneplans zwecks einheitlichen Auftretens der Opposition aufmerksam.

⁹³ Vgl. Szakács, K.: A kommunista párt agrárpolitikája (Agrarpolitik der Kommunistischen Partei) 1920–1930. Kossuth Könyvkiadó, 1961. Gen. Werk S. 74–75.

⁹⁴ PI Archivum, 500 f. 1/54. ös. S. 20. Vezérfonal a földkérdéshez (Leitfaden zur Bodenfrage). – Hier sei bemerkt, dass dieser Gedanke – wenn auch gewissermassen anders – im Referat im Zusammenhang mit der Bauernfrage an der Frühjahrsession 1925 der Komintern anzutreffen ist, das Bucharin hielt. Demnach muss an das Bauernproblem im Verhältnis zur Zeit des Aufschwunges des Kapitalismus in anderer Weise herangegangen werden. Früher wurde über den Grossbetrieb und den Kleinbetrieb diskutiert – ist hier zu lesen – als die Hauptaufgabe die Organisation der Arbeiterschaft zur Klasse, die Gründung der Partei war, und man dagegen auftreten musste, was der Befreiung des Proletariats im Wege stand. Die geschichtliche Reifung der Machtfrage erfordert hingegen andere Ziele und andere Parolen. In diesem Prozess erhält die Bauernschaft eine andere Rolle, und zwar die des Verbündeten – sagt Bucharin –, dadurch wird die Zusammenarbeit in konkreten Fragen sowohl in den rückständigen, wie auch in den industriell modernen Ländern ermöglicht. Die Bauernfrage wird dadurch auch zu einer strategischen Frage, und da sie eine objektive Grundlage hat, kommen – wenn die Parteien richtig vorgehen – auch die Vorbedingungen für eine Zusammenarbeit mit der armen und mittleren Bauernschaft zustande. (Protokoll Erweiterte Exekutive, 1925. gen. Werk S. 238–239, 241–243.)

⁹⁵ Bucharin hielt in seinem Referat für völlig verfehlt jene Folgerung, wonach die Bauernfrage nur für die rückständigen Ländern wichtig ist und als zweitrangige Frage behandelt werden könnte. Und anhand von konkreten Beispielen wies er nach, um wie viel klarer die Bourgeoisie dieses Problem betrachtet als ein Grossteil der kommunistischen Parteien. Er sprach darüber, dass es drei grosse Kraftzentren gibt: das Proletariat, die herrschenden Klassen und die Bauernschaft, und dass die gegenwärtige Zeit die Phase des Kampfes für die Gewinnung der Bauernschaft, ihrer Seele ist. „Wenn man sich grob ausdrücken und ein Gesamtbild geben will, kann man sagen, die jetzige Epoche ist die Epoche des Kampfes um die Seele des Bauern“. (Protokoll. Erweiterte Exekutive, 1925. gen. Werk. S. 227, 230–232. Das Zitat ist auf Seiten 233–234 zu finden.)

⁹⁶ PI Archivum 500 f. 1/54. ös. Vezérfonal a földkérdéshez (Leitfaden zur Bodenfrage). S. 21–29. Das Dokument bezeichnete die Besitzer von weniger als zehn Joch, die es in die Kategorie der Zwergbesitzer und Kleinpächter einreichte, als Halbproletarier. Die Besitzer von 10–100 Joch reichte es in die Kategorie der kleinen Mittelbauern und der Kleinlandwirte ein. Die Besitzer von über 500 Joch bezeichnete es als Herrschaftsbesitzer, jene mit über 1000 Joch als Grossgrundbesitzer. Die Anzahl der Agrarproletarier betrug dem

Dokument gemäss 1.100.000, der Halbproletarier 332.000, die der Klein- und Mittelbauern sowie der Kleinlandwirte 177.000, der Herrschaftsbesitzer 10.700 und die der Grossgrundbesitzer 1444.

- ⁹⁷ A. a. O. 500 f. 1/44, S. 3–5. An das Präsidium des Internationalen Bauernrates. 28. Juli 1925. Wien. — Es sei bemerkt, dass die Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns die Lösung der Bauernfrage und das Bündnis zwischen Arbeiterklasse, Bauerntum und Kleinbürgertum diesem Zusammenhang entsprechend formuliert und verkündet hat. (Siehe: z. B. *Szocialista*, 24. Mai 1925. A választójog (Das Wahlrecht); MSZMP Értésítője, 17. Juli 1925. A förendház ellen. A kisgazdapárt megbokrosodása (Gegen das Magnatenhaus. Das Straucheln der Kleinlandwirtepartei.) Hier wollen wir darauf verweisen, dass die Parole „Neue Bodenreform!“ von Révai stammt, (PI Archivum. 500 f. 4/67 öe. S. 81. 18. September 1929.)
- ⁹⁸ A. a. O. 500 f. 1/39 öe. S. 20. 20. Juli 1925. Richtlinien für die mit M. K. zu führenden Verhandlungen.; *Kálmán Szakács* gen. Werk, S. 52–53.
- ⁹⁹ A. a. O. 500 f. 2/73. öe. S. 5.
- ¹⁰⁰ A. a. O. 500 f. 1/39. öe. S. 24. Richtlinien für die mit MK zu führenden Verhandlungen. S. 21–23.
- ¹⁰¹ A. a. O. 500 f. 1/39 öe. S. 24.
- ¹⁰² A. a. O. Die Vereinbarung enthielt noch einen Punkt, der wie folgt lautete: „Die anwesenden Vertreter der Kommunistischen Partei Ungarns nehmen zur Kenntnis, dass Mihály Károlyi seinerseits der eingehenden Vereinbarung hinsichtlich des Beginns der Aktion, der Formulierung von Parolen sowie der taktischen und organisatorischen Fragen nur in dem Fall nachkommen kann, wenn es ihm gelingt einige wichtige, in Schweben befindliche persönliche Angelegenheiten bis zum Herbst 1925 zu erledigen.“ A. a. O.
- ¹⁰³ Im Bauernausschuss des Plenums, deren Vorsitzender Bucharin war, nahm auch Landler teil, im politischen Ausschuss, deren Vorsitzender Sinowjew war, nahm ungarischerseits Béla Kun teil, der zugleich auch Mitglied des tschechischen Ausschusses war, in den jugoslawischen Ausschuss wurde Alpári, in den italienischen Ausschuss Rákosi gewählt. (Protokoll. Erweiterte Exekutive, 1925, gen. Werk S. 18–19.)
- ¹⁰⁴ Eine organische Fortsetzung dessen war der nach dem Kongress in der in Wien erscheinenden Zeitschrift der Kommunistischen Partei Ungarns „Új Március“ (Neuer März) veröffentlichte, in der Geschichtsliteratur wiederholt bearbeitete Artikel Kuns mit selbstkritischen Inhalt „Tanuljunk a paraszttól“ (Lernen wir von den Bauern), der die verfehlte Agrarpolitik vom Jahr 1919 vielseitiger und nuancierter kritisierte und analysierte als jeder andere, bis dahin veröffentlichte Standpunkt, und der eine richtigere, realere Lösungskonzeption beinhaltete.
- ¹⁰⁵ Bucharin sprach geradezu davon, dass die Hauptursache der Niederlage der Ungarischen Räterepublik die verfehlte Agrarpolitik war. (Protokoll, Erweiterte Exekutive, 1925, gen. Werk S. 239–240.) Diese Behauptung veranlasste Kun berechtigt zu einer Debatte, wobei er die Fehler der Agrarpolitik der Räterepublik nicht verneinte, diese als innere soziale Ursache der Niederlage anerkannte, die Bemerkung Bucharins hingegen für übertrieben hielt. Seiner Meinung nach war die Ursache, dass die ungarische Revolution ein Nachhutgefecht des internationalen Proletariats war, und dass das russische Proletariat und die Bauernschaft uns nicht helfen konnte. Ein anderer entscheidender Faktor aber war, dass es für das ungarische Proletariat kein Rückzugsgebiet gab. (A. a. O. S. 254.)
- ¹⁰⁶ Siehe KIVD S. 88–92. Tézisek a taktikáról (Thesen über die Taktik).
- ¹⁰⁷ A. a. O. S. 188–189. Auch das Plenum der Komintern vom Jahr 1925 unterstrich diese Auffassung. (A. a. O. S. 211. Tézisek a Kommunista Internacionálé pártjainak bolsevizálásáról) (: Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der Kommunistischen Internationale:)
- ¹⁰⁸ Protokoll. Erweiterte Exekutive 1925, gen. Werk S. 236, 243–244 und KIVD Tézisek a parasztkérdésről (Thesen über die Bauernfrage). S. 230–236.
- ¹⁰⁹ KIVD S. 236. Tézisek a parasztkérdésről (Thesen über die Bauernfrage).
- ¹¹⁰ Protokoll, Erweiterte Exekutive, 1925. S. 245, 246.
- ¹¹¹ A. a. O. S. 255.
- ¹¹² KIVD gen. Werk S. 237.
- ¹¹³ Protokoll. Erweiterte Exekutive, 1925. S. 254. — Im Juni schrieb Kun wie folgt: „Die unklugste Sache wäre beispielsweise das zu verheimlichen, dass die Agrarpolitik der

Kommunisten Ungarns, das starre Festhalten an der sogenannten genossenschaftlichen Bearbeitung des Grossgrundbesitzes ein Fehler gewesen ist. Ohne diesen Fehler einzubekennen, zu analysieren und aus diesem die Folgerungen zu ziehen, könnte das Proletariat nicht nur die Macht wieder nicht behalten, sondern es könnte ohne dem die Macht auch nicht ergreifen. Die Vorbedingung dafür, dass das Bündnis der Arbeiter und Bauern keine blosse, selbst zur Agitation ungeeignete Phrase bleibe, sind die Erfassung sämtlicher Fehler der Bauernpolitik der Ungarischen Räterepublik und das Betreiben einer Politik, die durch eine möglichst vollständige Befriedigung des Bodenanspruchs der Bauernschaft nicht allein die Landarbeiter, sondern auch eine tunlichst grosse Masse der Kleinlandwirte an die Seite der revolutionären Arbeiterschaft stellt.“ (A Kommunista Internacionálé alapkövei (: Grundlagen der Kommunistischen Internationale :), Wien, 1925. Verlag der Arbeiterbuchhandlung, Munkás és Tudás Könyvtára (: Bibliothek des Arbeiters und des Wissens :), Einleitung. S. 12.

¹¹⁴ Frau Liptai, E.: gen. Werk S. 105.

¹¹⁵ PI Archivum, 500 f. 2/86 öe. S. 4–6. Tézisek a pártszakadás és az MSZMP alapjainak kiszélesítéséről (Thesen über die Parteispaltung und die Ausweitung der Grundlagen der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns). 6. Juli 1925.; Frau Liptai gen. Werk S. 89.